Freie Demokraten

Stadtverband Gießen FDP

Kommunalwahlprogramm 2021

Was für Gießen wirklich zählt.

Am 14.03. FDP wählen!

Inhaltsübersicht

Wahlaufruf **7**

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für **8**

das Stadtparlament 8

den Ortsbeirat Kleinlinden 8

den Ortsbeirat Wieseck 8

den Ortsbeirat Lützellinden 8

Stadtgestaltung und Stadtentwicklung **9**

Attraktive Innenstadt 9

Business Improvement Districts (BIDs) 9

Saubere und gepflegte Stadt 10

Zukunft des Standorts Steinstraße – Mischnutzung als Chance für Kultur und Feuerwehr 10

Kirchenplatz, Lindenplatz und Brandplatz 11

Öffnung des Theaterparks für Veranstaltungen 11

Kongresshotel 11

Messe GmbH 11

Public Private Partnership (PPP) 12

Digitalisierung **12**

Haushalt und Finanzen **13**

Grundsteuer B 13

Gewerbesteuer 13

Erhöhung des Anteils der Abführung von Gewinnen der Sparkasse an den städtischen Haushalt 13

Keine ideologische Kreisfreiheitsdebatte 14

ZAUG 14

Sicherheit und Ordnung **14**

Feuerwehren – Wertschätzung durch Unterstützung 14

Sicherheitspolitik: Evidenzbasiert und mit Augenmaß 15

Städtischer Präventionsrat 15

Aktuelle Präventionsprojekte 16

Videoüberwachung im öffentlichen Raum 16

Vermüllung öffentlicher Anlagen 16

Freiwilliger Polizeidienst 17

Brennpunkt Marktplatz 17

Sicherheit in der Dunkelheit 17
Häusliche Gewalt | Frauenhäuser 18
Suchthilfe & Cannabis-Pilot-Projekt 18
Innenstadt & Einzelhandel 19
Verkaufsoffene Sonntage 19
Erreichbarkeit und Parksituation verbessern 19
Gezielte Ansiedlung von attraktiven Geschäften bei Leerstand 20
Neuorganisation des Stadtmarketings 20
Wirtschaft & Gründer 20
Wirtschaftsförderung 20
Verkehrliche Anbindung von Betrieben 21
Gewerbesteuerfreies Jahr für Gründer 21
Digitalisierung und Breitbandversorgung 21
Stadtmarketing 21
Kooperation mit dem Gründerzentrum 22
Gründer-Investoren-Netzwerk 22
Kultur 22
Stadttheater 23
Kulturgewerbehof 23
Oberhessisches Museum 23
Naturwissenschaftliche Museumskette 24
Skulpturenprojekt „Gießener Köpfe" 24
Kulturrathaus 24
Gießener Kulturnacht 24
Musikschule 24
Veranstaltungsort Schiffenberg 25
Unterstützung kulturschaffender Vereine 25
Stärkung der Gießener Kulturstiftung 25
Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis 25
Liebig-Stipendien 25
Meisterkonzerte und Basilikakonzerte 26
Wilhelm-Gail-Plakette 26
„Gießen historisch“ 26
Pflege historischer Bausubstanz 26
Grabdenkmäler auf dem Alten und Neuen Friedhof 26
„Pavillon“ auf dem Alten Friedhof 26

Schlammbeisers Lahnlust 27
Kulturelle Zusammenarbeit mit Wetzlar 27
Städtepartnerschaften 27
Verkehr & Mobilität 27
ÖPNV 28
Motorisierter Individualverkehr (MIV) 29
Überarbeitung der Ampelschaltung 29
Verknüpfung des ÖPNV mit anderen Verkehrsträgern 29
Parken in der Stadt 29
Verkehrsberuhigte Zonen 30
Anschlüsse an den Gießener Ring 30
Radverkehr 30
Neue Verkehrsmittel für die letzte Meile 30
Herausforderung Wirtschaftsverkehr 31
Bahnverkehr und Lärmschutz 31
Verkehrsmittel verknüpfen 31
Innovative Lösungen: Neue Technologien für den Lieferverkehr 31
Fußgänger 32
Verbesserte Zugänge zu Kinderspielplätzen, Kindergärten und Schulen 32
Schule und Bildung 32
Gießener Schulstruktur 33
Erhalt der Stadtteilschulen 33
Grundschulen 33
Mittelstufen 33
Oberstufen 34
Berufliche Schulen 34
Inklusive Schulen / Förderschulen 34
Ganztagsschule nach Maß 35
Privatschulen 35
Flexible und offene Schulbauten 35
Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis an Gießener Schulen 35
Drogen- und Gewaltprävention an Schulen 35
Schulentwicklungsplanung 36
EDV-Ausstattung und W-LAN 36
Finanzielle Selbstständigkeit für selbstständige Schulen / Budgetierung 36
Schülerbetreuung an Gießener Grundschulen 36

Volkshochschule 37
Hochschulen 37
Rathaus 2.0 – digital, schlank & effizient 37
Internationale Hochschulen, internationale Verwaltung 38
E-Government 38
Online-Terminbuchung & Videoberatung 39
Internetauftritt der Stadt Gießen 39
Privatisierung öffentlicher Aufgaben 39
Bürger- und Jugendbeteiligung 40
Livestream der Stadtverordnetenversammlung 40
Bürgerbeteiligung 2.0 – Barrierefrei und digital 40
Ein Update für die Gießen App – „Rathaus To-Go“ 41
Kinder- und Jugendparlament – „Mehr Demokratie wagen!“ 41
Planspiel „Politik hautnah“ 42
Sport 42
Sportanlagen 42
Freibäder in Lützellinden und Kleinlinden müssen erhalten und attraktiver werden 43
Kunstrasenplätze aus wirtschaftlichen und sportlichen Gründen schützen 43
Schulsporthallen zügig sanieren und ausbauen 43
Täglichen Sportunterricht an Grundschulen ermöglichen 44
Sportentwicklungsplanung 44
Private Sport-Events unterstützen 44
Spitzensport 44
Jugendaustausch 44
Werbemöglichkeiten für Sportvereine 44
Senioren 45
Altenhilfeplanung 45
Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ermöglichen 46
Seniorenwegweiser 46
Bildungsangebote für Senioren 46
Wohnen für Senioren 46
Stationäre Pflege und Tageseinrichtungen 46
Seniorensport 46
Integration, Inklusion, Familie und Soziales 47
Gebührenfreies Kindergartenjahr 47
Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung 47

Jugend- und Schulsozialarbeit 48
Kinder- und Jugendspielplätze 48
Verbandliche Jugendarbeit 48
Jugendpflege und Ferienpass 48
Effektivere Arbeit im Kinder- und Jugendhilfebereich 49
Jugendwerkstatt e.V. 49
Familienförderung 49
Menschen mit körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen 50
Integration 50
Umweltschutz, Klimaschutz und Energie 51
Schonung von Ressourcen 51
Förderung von Privatinitiativen 51
Pflege der Grünanlagen 51
Naherholungsgebiete 52
Abfallwirtschaft 52
Abfallvermeidung 52
Müllgebühren 52
Dachbegrünung 52
Tierschutz 52
Unterstützung des Tierheims 53
Bekämpfung invasiver Arten 53
Bauen & Wohnen 54
Sozialer Wohnungsbau 54
Bereitstellen von Wohnraum 54
Mietpreisbremse 54
Deregulierung von Bebauungsplänen und Bauanträgen 55
Wohnen und Arbeiten 55
Kommunales Bauen 55
Corona-Krise: Sonderwohngeld statt Mietendeckel 55
Wohnen für Senioren 56
Kontakt 56

Wählen gehen.

Was wirklich zählt.

Wahlaufruf

Liebe Gießenerinnen und Gießener,

unsere Stadt steckt voller Chancen: junge Bevölkerungsstruktur, geballte wissenschaftliche Kompetenzen an unseren Hochschulen, vielfältige Kulturlandschaft, spannende und innovative Unternehmen, erfolgreiche Sportvereine und Sportler; die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Aber wir sind davon überzeugt, dass viele der Chancen bislang nicht genutzt werden. Die Gießener Stadtpolitik muss endlich den Turbo einlegen, Versäumnisse der letzten Jahre aufholen und unsere Stadt fit für die Zukunft machen. Dazu gehören:

Beste Schulen für beste Bildung. Eine starke lokale Wirtschaft, die die Folgen der Pandemie mit klugen Konzepten überwindet und die sozialen Leistungen in der Stadt erst finanzierbar macht. Eine digitalisierte und dadurch effektivere Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, alle Behördengänge von Zuhause aus zu erledigen. Vielfältige kulturelle Angebote für alle Altersgruppen. Eine solide Finanzpolitik, die die nachfolgenden Generationen nicht belastet. Eine echte Sportförderung für alle Gießener Vereine. Eine ideologiefreie Verkehrs- und Mobilitätspolitik, die die Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausspielt, sondern mit klugen Konzepten verbindet.

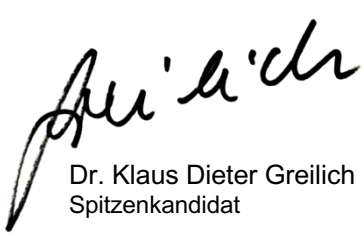
Dies alles und mehr ist möglich. Wir sind davon überzeugt, hierfür die besten Konzepte anbieten zu können und möchten diese in der nächsten Legislaturperiode umsetzen. In unserem Team vereinen wir sowohl langjährige kommunalpolitische Erfahrung als auch junges Denken und vielfältige Kompetenzen.

Daher werben wir um Ihr Vertrauen. Für starke Freie Demokraten in unserer Stadt. Für neues Denken. Für einen echten Unterschied in Gießen.

Sie haben Fragen oder ein Ihnen wichtiges Thema erscheint nicht in unserem Wahlprogramm? Schreiben Sie uns an stadtverband@fdp-giessen.de und wir teilen Ihnen umgehend unsere Position dazu mit.

Bleiben Sie gesund! Und unterstützen Sie die Freien Demokraten und damit unser Team am 14. März 2021 im Wahllokal oder bereits zuvor per Briefwahl mit einem Listenkreuz für die Freie Demokratische Partei (FDP).

Wir zählen auf Sie!



Dr. Klaus Dieter Greilich
Spitzenkandidat

Dominik Erb
Stadtverbandsvorsitzender

Gemeinsam bringen wir Gießen voran.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für das Stadtparlament

Dr. Klaus Dieter Greilich
Listenplatz 1

Dominik Erb
Listenplatz 2

Manuela Giorgis
Listenplatz 3

Dr. Martin Preiß
Listenplatz 4

Dr. Christian Krauss
Listenplatz 5

Leonie Schikora
Listenplatz 6

Jörg Schleher
Listenplatz 7

Vanessa Rücker
Listenplatz 8

Dow Aviv
Listenplatz 9

Hans-Jürgen Turba
Listenplatz 10

Frank Schulze
Listenplatz 11

Sigmar Petrick
Listenplatz 12

Kai Arne Sommerlad
Listenplatz 13

Hannelore Ellermeier
Listenplatz 14

Maximilian Vodak
Listenplatz 15

Magdalena Aviv-Hesse
Listenplatz 16

Oliver Egginger
Listenplatz 17

Dr. Kerstin Stegner
Listenplatz 18

Bettina Schumacher
Listenplatz 19

Tim Schneider
Listenplatz 20

Stefan Heußner
Listenplatz 21

Prof. Dr. Richard Göttlich
Listenplatz 22

Olaf Paul Bugla
Listenplatz 23

Björn Steinbach
Listenplatz 24

Klaus Ellermeier
Listenplatz 25

Tobias Giertzsch
Listenplatz 26

Dr. Christopher Rock
Listenplatz 27

Cedric Daunke
Listenplatz 28

Jakob C. Handrack
Listenplatz 29

Holger B. Chladek
Listenplatz 30

Malte Breimhorst
Listenplatz 31

Raik Rudinger
Listenplatz 32

Stephan Fiedler
Listenplatz 33

Lukas Dille
Listenplatz 34

Felix Kibellus
Listenplatz 35

Philipp Dille
Listenplatz 36

Thomas Schumacher
Listenplatz 37

Dr. Ulrich Hevelke
Listenplatz 38

Nikolai Davydov
Listenplatz 39

Burghard Pfarr
Listenplatz 40

Aaron Dietl
Listenplatz 41

Niklas Gödecke
Listenplatz 42

Philipp Prezewowski
Listenplatz 43

Konstantin Gunkel
Listenplatz 44

Alexander Meyer
Listenplatz 45

Ilja Scherer
Listenplatz 46

Benedikt Fago
Listenplatz 47

Jonas F. V. Over
Listenplatz 48

Prof. Dr. Christian Friedrich
Listenplatz 49

Annette Greilich
Listenplatz 50

Wigbert Rudolph
Listenplatz 51

Wolfgang Greilich
Listenplatz 52

Dr. Reinhard Kaufmann
Listenplatz 53

den Ortsbeirat Kleinlinden

Dr. Klaus Dieter Greilich, Kai Arne Sommerlad, Stefan Heußner, Hans-Jürgen Turba, Hannelore Ellermeier, Dr. Christopher Rock, Burghard Pfarr, Tim Schneider & Klaus Ellermeier.

den Ortsbeirat Wieseck

Jörg Schleher, Frank Schulze, Holger B. Chladek, Lukas Dille & Wigbert Rudolph.

den Ortsbeirat Lützellinden

Dr. Martin Preiß, Dow Aviv & Magdalena Aviv-Hesse.

Stadtgestaltung und Stadtentwicklung

Gießen hat mit seiner reizvollen Umgebung, seiner guten Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz, seinen Hochschulen, seinem attraktiven Einzelhandel und nicht zuletzt mit dem vielfältigen Angebot in Sport und Kultur gute Voraussetzungen als Oberzentrum der Region. In unserer Regierungsverantwortung wurde eine Vielzahl neuer Baugebiete erschlossen, darunter vorrangig solche mit Einfamilienhäusern wie Schlangenzahl oder Marburger Straße West. Innerstädtische Baulücken wie z.B. die Südanlage 10 konnten geschlossen werden. Das kontinuierliche Wachstum Gießens erfordert neuen Wohnraum, der aber harmonisch in das Stadtbild eingefügt muss.

Attraktive Innenstadt

Die Freien Demokraten haben in den vergangenen Wahlperioden wesentlich dazu beigetragen, dass Gießen seine Vorrangstellung als Einkaufsstadt nicht an Wetzlar oder Marburg verloren hat und für Besucher und Bewohner attraktiv geblieben ist. Im Neuenweg und in den BID-Quartieren hat der Handel gezeigt, wie er seinerseits zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften beitragen kann. Dabei muss die Stadt auch zukünftig den Handel **aktiv unterstützen**. Insbesondere muss vor dem Hintergrund des zunehmenden Online-Handels dafür gesorgt werden, dass unsere Innenstadt lebendig bleibt. Durch **gezielte Ansiedlung eines vielfältigen Angebots** seitens des Handels als auch durch entsprechende **bauliche und gestalterische Maßnahmen** seitens der Stadt ist dafür zu sorgen, dass die Innenstadt ein attraktiver Aufenthaltsort wird, der nicht nur zum Einkaufen, sondern auch zum Flanieren oder zur Freizeitgestaltung einlädt: **das Einkaufen muss verstärkt zum Event werden, damit der lokale Einzelhandel neben den Online-Anbietern fortbestehen kann.** Die Freien Demokraten stehen hierbei an der Seite der BID's und des Handels, um eine attraktive Innenstadt für alle Bewohner und Besucher Gießens zu gewährleisten.

Für uns ist eine **moderne und urbane Gestaltung** Gießens ebenso wichtig wie die **Erhaltung historischer Stadtstrukturen**. Den Bedürfnissen nach ausreichender Versorgung mit **Wohn- und Gewerbeflächen** muss ebenso Rechnung getragen werden, wie dem Wunsch nach einem **gepflegten Stadtbild** und dem **Schutz der natürlichen Umgebung**.

Business Improvement Districts (BIDs)

In bemerkenswerter Weise hat der Einzelhandel der Stadt Gießen auf die Herausforderungen der Zeit reagiert und bewiesen, dass er in der Lage ist, sich

zukunftsorientiert auszurichten. Als geeignetes Instrument der Zukunftssicherung des innerstädtischen Handels hat sich die Bildung von Business Improvement Districts (BIDs) bewährt. Dieses Modell ist mittlerweile auch für Geschäftsleute aus London und anderen europäischen Städten interessant. Die Stadt Gießen muss die Arbeit der **BIDs weiter unterstützen**.

Saubere und gepflegte Stadt

Wir stehen für die kontinuierliche **Pflege und Kontrolle** der städtischen Grünflächen. In diesem Zusammenhang begrüßen und anerkennen wir jedes private Engagement zur Verbesserung des Gießener Stadtbildes. Dennoch darf sich die Stadt beim Thema Sauberkeit nicht aus der Verantwortung stehlen. So sind u.a. in den Bereichen des Stadtparks Wieseckaue und der Lahnwiesen zusätzliche Mülleimer aufzustellen oder die vorhandenen durch solche mit größerem Fassungsvermögen auszutauschen. Darüber hinaus ist in den Sommermonaten die Leerungsfrequenz zu erhöhen, um ein Überquellen des Mülls zu vermeiden. Ferner sind die Flächen zwischen Stadtgebiet und benachbarten Kommunen sauber zu halten. So ist beispielsweise der Radweg von Gießen zum Dutenhofener See stark vermüllt, worunter Pflanzen und Tiere sowie das Erscheinungsbild leiden. Hier ist dringend die Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den Nachbarkommunen zu verstärken, um die bestehende Vermüllung zu beseitigen und zukünftiger entgegenzuwirken.

Zur Beseitigung anderer Negativerscheinungen finden Sie Näheres im Abschnitt „Sicherheit und Ordnung“.

Zukunft des Standorts Steinstraße – Mischnutzung als Chance für Kultur und Feuerwehr

Aufgrund des absehbaren Umzugs der Berufsfeuerwehr werden am Standort Steinstraße räumliche Kapazitäten frei. Wir Freie Demokraten sehen darin die Chance auf eine Neuentwicklung des Areals. Dabei müssen prioritär die **Belange der Freiwilligen Feuerwehr Gießen-Mitte** berücksichtigt werden und dürfen darüber hinausgehende Nutzungen die Arbeit der Feuerwehr nicht einschränken oder behindern. Wir sind allerdings davon überzeugt, dass eine intelligente Mischnutzung des Areals durch Feuerwehr, Kultur und Wohnen Synergie-Effekte erzeugen kann, von denen alle Beteiligten profitieren.

Neben der Nutzung durch die Freiwillige Feuerwehr Gießen-Mitte wird bereits seit einigen Monaten über die Einrichtung eines **Kulturgewerbehofs** debattiert. Auch wir als FDP möchten, dass ein Teil des Areals der kulturellen Nutzung zugeführt wird. Insbesondere für Kleinkünstler, Musiker und andere (vorwiegend junge) Kulturschaffende fehlen in Gießen Räumlichkeiten. Dieser Mangel könnte durch die Neuentwicklung der Liegenschaft behoben werden. Neben kleineren Räumen sind aber auch größere Säle für Publikumsveranstaltungen der Kulturschaffenden sinnvoll, die bei Bedarf auch von der Freiwilligen Feuerwehr Gießen-Mitte genutzt werden können. Deshalb und weil der Kulturgewerbehof allen Gießenern zugänglich sein und nicht von einzelnen Gruppen in Eigenregie betrieben werden soll, muss die Verwaltung in städtischer Hand bleiben. Wir möchten sicherstellen, dass die Kulturszene in ihrer ganzen Vielfalt von dem Projekt „Kulturgewerbehof“ profitieren kann.

An der Stelle des derzeitigen Vereinsheims soll zudem **Wohnraum** im Umfang von 3 bis 5 Wohneinheiten geschaffen werden. Der kann insbesondere für Feuerwehrangehörige attraktiv sein und sollte diesen auch bevorzugt und vergleichsweise günstig angeboten werden. Dadurch könnte zugleich Druck aus dem Wohnungsmarkt genommen und zudem ein Anreiz sowie eine zusätzliche Wertschätzung für diese Art des ehrenamtlichen Engagements geschaffen werden. Daneben ist eine solche Mischnutzung, die eine Belebung des Areals zu unterschiedlichen Tageszeiten zur Folge hätte, auch aus kriminalpräventiver Sicht sinnvoll.

Kirchenplatz, Lindenplatz und Brandplatz

Kirchenplatz und Lindenplatz sind angemessen zu pflegen. Der vor einigen Jahren umgebaute Kirchenplatz ist leider nicht sonderlich einladend. Auch das Wasserspiel im Schatten des Kirchturms schafft es nicht wirklich, das Ambiente des Platzes aufzulockern. Aus Sicht der Freien Demokraten müssen daher zusätzliche Grünanlagen entstehen, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Eine weitere Gestaltungsmöglichkeit wäre die **Erhöhung der Grundmauermarkierungen** der ehemaligen Kirche zu Sitzgelegenheiten. Außerdem könnte der Platz als Teil des Gießener **Wochenmarktes** genutzt werden. Dadurch kann der Platz selbst und seine Randbereiche zu einer wirklichen Stätte der Begegnung für die Menschen werden.

Der Brandplatz ist wesentlicher Teil der Erschließungsinfrastruktur für die Innenstadt. Daher müssen die dort vorhandenen Parkplätze außerhalb der Wochenmarktzeiten erhalten bleiben. Grundsätzlich positiv stehen die Freien Demokraten der Vorstellung gegenüber, unter dem Brandplatz eine **Tiefgarage** zu errichten, sodass der Brandplatz selbst **autofrei** werden kann. Die Machbarkeit einer solchen Maßnahme ist durch ein neues Gutachten zu prüfen, insbesondere unter Berücksichtigung der möglichen Auswirkungen auf den Botanischen Garten.

Öffnung des Theaterparks für Veranstaltungen

Die Freien Demokraten sprechen sich für eine Öffnung des Theaterparks an der Südanlage über den „Tag der offenen Tür“ des Stadttheaters hinaus für (in Art und Umfang des Publikumsverkehrs) geeignete **kulturelle Veranstaltungen** aus. Es könnte auch der **Weihnachtsmarkt** durch eine Verlagerung in den Theaterpark deutlich an Aufenthaltsqualität und Atmosphäre gewinnen und seiner Zerstreuung über den gesamten Seltersweg entgegengewirkt werden.

Kongresshotel

Gießen fehlt ein modernes Kongresszentrum, insbesondere im Hinblick auf die Bedürfnisse von Universität, Universitätsklinikum und Technischer Hochschule Mittelhessen. Um den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Gießen zu profilieren und um zu verhindern, dass nationale und internationale Kongresse und Tagungen aus Gießen abwandern oder gar nicht nach Gießen kommen, muss sich die Stadt auch weiterhin mit Nachdruck um einen Investor für den Bau eines Kongresszentrums bemühen, das den heutigen Anforderungen gerecht wird.

Messe GmbH

Gießen als Stadt mit oberzentraler Funktion muss Messestandort bleiben. Wir unterstützen einen Ausbau des Messestandortes durch die Messe Gießen GmbH.

Public Private Partnership (PPP)

Für zukünftige Infrastrukturprojekte streben wir bevorzugt Lösungen durch Public Private Partnership (öffentlich-private Partnerschaften) an. Hierunter sind Kooperationen von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft zu verstehen beim Entwerfen, bei der Planung, Erstellung und Finanzierung, beim Management und Betreiben sowie dem Verwerten von zuvor allein in staatlicher Verantwortung erbrachten öffentlichen Leistungen. Dadurch können Kosten gespart und kann verstärkt auf externes Know-how zurückgegriffen werden.

Digitalisierung

Die Digitalisierung ist für uns Freie Demokraten einer der zentralsten Bereiche unseres politischen Handelns, da sie unser Zusammenleben in den letzten Jahren bereits massiv verändert hat und in Zukunft noch weiter verändern wird. Als optimistische und zukunftsorientierte Partei sehen wir in der Digitalisierung primär Chancen, die jedoch durch kluges politisches Handeln ergriffen werden müssen. Dabei lässt sich die Digitalisierung **nicht auf ein politisches Themenfeld beschränken**, sondern greift in so gut wie jeden Bereich ein. Überall eröffnen sich neue Chancen, entstehen aber auch Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. In jedem Fall müssen die Weichen rechtzeitig gestellt werden.

Leider ist in den vergangenen Jahren die Entwicklung in Gießen viel zu zögerlich vorangegangen, sodass die Stadt in vielen Bereichen buchstäblich den Anschluss verloren hat. Schon die Grundlage der Digitalisierung in Gestalt einer modernen **Infrastruktur** ist nach wie vor nicht flächendeckend gegeben. Noch immer sind weder alle Haushalte noch alle Schulen an das **Glasfasernetz** angebunden – von **flächendeckendem WLAN für eine moderne Schulbildung** unserer Schülerinnen und Schüler ganz zu schweigen. Insbesondere in den Stadtteilen Allendorf, Rödgen und Lützellinden sind nicht nur etliche Haushalte weiterhin abgehängt, sondern im städtischen Haushaltsplan 2021 auch keine Mittel eingestellt, um das zu ändern. Das ist ein unhaltbarer Zustand! Wir Freien Demokraten setzen uns daher gerade bei der Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur für ein Umschalten in den **Turbogang** ein, um in der kommenden Legislaturperiode die Versäumnisse der letzten Jahre aufholen zu können.

Um die Chancen der Digitalisierung ergreifen zu können, bedarf es allerdings mehr als nur der Infrastruktur. In allen Bereichen müssen vorhandene analoge Verfahren im Hinblick auf den Mehrwert ihrer Digitalisierung untersucht und sodann umgesetzt werden. **Da wir als Freie Demokraten die Digitalisierung insgesamt als ein themenübergreifendes Aufgabenfeld verstehen, finden Sie in unserem Wahlprogramm Digitalisierungsvorschläge bei fast allen Themenbereichen.**

Haushalt und Finanzen

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das gesamte wirtschaftliche Leben in unserer Stadt erfordern zwingend eine Neuordnung von Haushalt und Finanzen.
Die von der Koalition aus SPD, CDU und Grünen betriebene **expansive Stellenausweitung** mit ihren Folgekosten, auch durch notwendige Anmietung von Büroflächen, muss **dringend gestoppt werden**. Jede Stellenneubesetzung muss daher strengstens auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden.
Die Politik zur **Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen** muss konsequenter als bisher betrieben werden, um zusätzliche Einnahmen zu generieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen.
Baugebiete insbesondere für junge Familien müssen ausgewiesen werden, um indirekt das Aufkommen am Einkommensteueranteil zu erhöhen.
Über eine **Senkung der Hebesätze der Gewerbesteuer** kann durch die zu erwartende vermehrte Neuansiedlung von Betrieben auf Dauer ein erhöhtes Steueraufkommen erreicht werden. Darüber hinaus werden die von der Corona-Pandemie betroffenen Unternehmen durch eine rasche Senkung der Gewerbesteuer in die Lage versetzt, ihren Betrieb zu erhalten, Arbeitsplätze zu sichern und in die Zukunftsfähigkeit zu investieren. Im Vergleich zu den anderen hessischen Sonderstatusstädten liegen die Hebesätze in Gießen deutlich über dem Durchschnitt, sodass für Unternehmen Ansiedlungen in Gießen zurzeit unattraktiv sind.
Bei aller Notwendigkeit von Sparmaßnahmen dürfen jedoch **Zukunftsinvestitionen** - etwa in **Schulen und Kindertagesstätten** - sowie der Ausbau der **Digitalisierung** in Verwaltung und Schulen nicht unterlassen werden.

Grundsteuer B

Wir wollen den Hebesatz der **Grundsteuer B auf 540 v.H. mindern** und die Gießener Bevölkerung dadurch nachhaltig **um 1.870.000 Euro pro Jahr entlasten**. Diese Entlastung wird nicht nur den Grundstückseigentümern, sondern insbesondere auch den Mieterinnen und Mietern spürbar zugutekommen.

Gewerbesteuer

Wir Freien Demokraten fordern auf allen Ebenen eine Reform der Gewerbesteuer, da sie derzeit den Kommunen keine Planungssicherheit bietet. In Gießen setzen wir uns dafür ein, kurzfristig die Hebesätze für die Gewerbesteuer **um ca. 10% auf 380 v.H. zu senken**. Dadurch würden die heimischen Unternehmen kurzfristig um **mehr als 4 Millionen Euro** im Jahr **entlastet**. Zusätzlich würden mehr Anreize zur Ansiedlung von Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden. Mittelfristig können dadurch Unternehmen am Standort Gießen gehalten und langfristig nach Überwindung der aktuellen Krise die Einnahmen der Kommune erhöht werden.

Erhöhung des Anteils der Abführung von Gewinnen der Sparkasse an den städtischen Haushalt

Die aktuelle Abführung von Gewinnen der Sparkasse Gießen an die Stadt ist stark unterdurchschnittlich. Statt einer zunehmenden Erhöhung des Eigenkapitals über den gesetzlich vorgegebenen Rahmen hinaus, soll der an die Stadt abzuführende Betrag **deutlich gesteigert** werden. Die hieraus entstehenden **Mehreinnahmen**

können unter anderem für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen verwendet werden.

Keine ideologische Kreisfreiheitsdebatte

Statt einer ideologisch aufgeladenen Kreisfreiheitsdebatte, die sich im Wesentlichen auf rein emotionale Argumente beschränkt, fordern wir Freien Demokraten eine **rationale Analyse** der aus einer Kreisfreiheit für die Universitätsstadt Gießen entstehenden Vor- und Nachteile. Dabei gilt es insbesondere die finanziellen Auswirkungen sowie die möglichen negativen Konsequenzen für die Beziehungen zu den benachbarten Gebietskörperschaften und die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zu berücksichtigen.
Eine Aufblähung der Verwaltung muss vermieden werden. Stattdessen sollte angestrebt werden, Synergieeffekte auf Verwaltungsebene zu nutzen und Zusammenschlüsse zu prüfen.

ZAUG

Auch nach den Arbeitsmarktreformen wie z.B. Hartz IV und der Nutzung von ZAUG (Zentrum für Arbeit und Umwelt Gießen) durch die GIAG (Gesellschaft für Integration und Arbeit Gießen) als Träger von Beschäftigungsmaßnahmen muss der Erfolg von ZAUG daran gemessen werden, wie vielen durch ZAUG geförderten Menschen es gelingt, sich dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.
Durch regelmäßige **Maßnahmen des Controllings** ist insbesondere sicherzustellen, dass durch die aus Steuergeldern subventionierten Tätigkeiten des ZAUG private Unternehmen nicht aus dem Markt gedrängt werden und dadurch im Endeffekt mehr Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren gehen, als durch ZAUG gewonnen werden. Der bisherige feste Zuschuss der Stadt Gießen ist in einen **bedarfsorientierten und gedeckelten Zuschuss** umzuwandeln.

Sicherheit und Ordnung

Feuerwehren – Wertschätzung durch Unterstützung

Sowohl die Berufsfeuerwehr als auch unsere Freiwilligen Feuerwehren leisten eine hervorragende Arbeit. Das stellen die Feuerwehrfrauen und -männer bei jeder Übung und jedem Einsatz, aber auch darüber hinaus stetig unter Beweis. Die hohe Zahl an Ehrenamtlichen und auch die guten Ergebnisse in der Jugendarbeit sind nur einige Indikatoren hierfür. Als **wesentlicher Garant für die Sicherheit** der Gießenerinnen und Gießener verdienen die Angehörigen der Feuerwehren unser aller **Respekt** und **Wertschätzung**. Dies muss aber auch **über bloße Bekundungen hinausgehen** und sich in konkretem städtischem Handeln spiegeln.
Respekt und Wertschätzung müssen sich vor allem darin ausdrücken, dass die Stadt als Träger der Feuerwehren den dort Beschäftigten und ehrenamtlich Engagierten **moderne und vor allem unbeschädigte Ausrüstung** zur Verfügung stellt. In den vergangenen Jahren unterblieben wegen des kommunalen Schutzschirms viele notwendige Investitionen, während für andere Bereiche Gelder zur Verfügung gestellt

wurden. Dies traf zu Recht auf Unverständnis bei vielen angehörigen. In den kommenden Jahren muss daher mit hoher Priorität der dort entstandene **Investitionsstau aufgelöst** werden.
Neben der **Beendigung der Mangelverwaltung** muss aber auch Prozesse insbesondere im Bereich der **Beschaffung neu gedacht, entbürokratisiert und** dadurch **spürbar beschleunigt** werden. Wenn teils 18 Monate auf ein notwendiges technisches Gerät gewartet werden muss, nährt das Frustration und Unverständnis. Darüber hinaus können zu lang dauernde Beschaffungsprozesse auch die Arbeit der Feuerwehrfrauen und -männer behindern. Dies muss in jedem Fall verhindert werden.
Wir Freien Demokraten begrüßen ausdrücklich, als zusätzliches Zeichen der Anerkennung den Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren ein Anspruch auf Zahlung einer **Aufwandsentschädigung** zu gewähren. Dabei ist zudem die freiwillige Möglichkeit zu schaffen, auf die Auszahlung der Aufwandsentschädigung zu verzichten und den Betrag der jeweiligen Freiwilligen Feuerwehr für zusätzliche Anschaffungen oder die Arbeit vor Ort zugutekommen zu lassen.
Rettungs- und Sicherheitskräfte werden im Einsatz zunehmend **Opfer von Straftaten**. Dies ist als direkter Angriff auf unsere Zivilgesellschaft nicht akzeptabel. Neben entsprechenden Schulungen ist daher darauf hinzuwirken, dass jeder Angriff gemeldet und, soweit der Anfangsverdacht einer Straftat besteht, auch angezeigt wird.
Leider kommen Feuerwehrfrauen und -männer naturgemäß überdurchschnittlich oft in nicht nur körperlich, sondern auch psychisch zum Teil stark belastende Situationen. Für diese Fälle ist sicherzustellen, dass sie von der jeweiligen Wehrführung frühzeitig erkannt werden und in solchen (Verdachts-) Fällen eine **professionelle Unterstützung** zur Regel wird.

Sicherheitspolitik: Evidenzbasiert und mit Augenmaß

Ein wesentliches Merkmal hoher Lebensqualität einer Stadt ist, dass sich ihre Bürgerinnen und Bürger **sicher fühlen und es auch tatsächlich sind**. Bei allen ordnungs- und sicherheitspolitischen Maßnahmen hat es für uns Freie Demokraten oberste Priorität, dass sie auf der Grundlage **aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse** ergriffen und von Zeit zu Zeit **evaluiert** werden, sind doch viele von ihnen Eingriffe in individuelle Freiheitsrechte. Daher kommt dem Staat und damit auch der Stadt Gießen als lokalem Akteur die Verantwortung zu, stets nur verhältnismäßige, d.h. geeignete, erforderliche und angemessene Maßnahmen zu implementieren und diese auf ihre Eignung hin zu überprüfen. Hierzu streben wir eine enge Zusammenarbeit mit den Experten unserer Hochschulen an, um eine unabhängige Evaluation zu gewährleisten.

Städtischer Präventionsrat

Kriminalprävention vor Ort kann nur gelingen, wenn alle relevanten Akteure in ständigem Austausch miteinander stehen und Konzepte gemeinsam entwickeln und umsetzen. Es gibt bereits einen sog. Präventionsrat von Stadt und Landkreis, dessen Potenzial allerdings in der Vergangenheit bei Weitem nicht ausgeschöpft wurde. Vielmehr hat sich dieses Gremium als träge und ineffektiv erwiesen, bei „überschaubarer“ Erfolgsbilanz. Daher fordern wir insbesondere vor dem Hintergrund, dass die städtischen Problemlagen überwiegend auch in städtischer Zuständigkeit liegen, einen **eigenen, ergänzenden städtischen Präventionsrat**.

Dieser soll mindestens einmal pro Quartal tagen, anlassbezogen auch öfter. Er soll besetzt sein mit den kommunalen Verantwortungsträgern, den zuständigen Amtsleitern, der Polizei, der Justiz sowie den Leiterinnen und Leitern der städtischen Schulen und weiteren relevanten Akteuren. Je nach Anlass sollen Experten aus der Wissenschaft hinzugezogen werden.

Aktuelle Präventionsprojekte

Wir begrüßen ausdrücklich die Teilnahme der Stadt Gießen an den Projekten **AKTIO** und **KOMPASS** zur wissenschaftlich begleiteten Verbesserung der kommunalen Kriminalprävention. Hierbei wird der Fokus nicht nur auf die Auswertung sog. Hellfelddaten gelegt, worunter die den Strafverfolgungsbehörden bekannt gewordenen Straftaten zu verstehen sind, sondern durch Bürgerbefragungen auch auf das Dunkelfeld sowie auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Gerade letzteres kann nicht nur Einfluss auf die objektive Sicherheit haben, sondern beeinflusst auch in starkem Maße die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Zusammengenommen können mit diesen Erkenntnissen Handlungsschwerpunkte in Gießen identifiziert und geeignete Maßnahmen entwickelt werden. Beide Projekte sind allerdings auf die Finanzierung durch Bund bzw. Land angewiesen. Für den Fall, dass die Landesregierung aus der Finanzierung insbesondere von KOMPASS aussteigt, soll dieses Projekt durch die Stadt Gießen **weitergeführt** werden, um die Implementierung der Maßnahmen und deren kontinuierliche, unabhängige Evaluierung sicherzustellen.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Wir stehen einer ortsbezogenen Videoüberwachung **grundsätzlich ablehnend** gegenüber, da sie in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift und ihr präventiver Mehrwert sehr gering ist. **Dennoch** kann Videoüberwachung **an Kriminalitätsschwerpunkten** die Repression in Gestalt der Strafverfolgung deutlich erleichtern und (bei bestimmten Arten von Delikten) auch einen präventiven Effekt erzielen. Daher befürworten wir lediglich eine **auf solche Hotspots begrenzte Videoüberwachung**, allerdings nur soweit es hierfür aus der Forschung entsprechende **Evidenzen** gibt, die eine Verbesserung der Situation erwarten lassen.

Vermüllung öffentlicher Anlagen

Vor allem in der Sommerzeit konnte man in den letzten Jahren eine zunehmende Vermüllung öffentlicher Plätze und Anlagen – wie beispielsweise an den Lahnwiesen und am Schwanenteich – beobachten. Diese war neben dem inakzeptablen Verhalten Einzelner auch darauf zurückzuführen, dass es vor Ort entweder an Mülleimern mangelte oder diese regelmäßig überfüllt waren. Daher sind an diesen, der Stadt bereits bekannten Schwerpunkten **größere Mülleimer** aufzustellen und ggf. die **Leerungsfrequenzen** zu **erhöhen**. Außerdem dürfte eine **gesteigerte Präsenz von Ordnungskräften** die Akteure dazu anhalten, ihren Müll zu entsorgen. Dennoch muss herumliegender **Müll schnellstmöglich** durch die Stadt **beseitigt** werden und zwar vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass dann, wenn bereits Müll herumliegt, die Hemmschwelle für Dritte deutlich sinkt, ihren Müll dort ebenfalls liegenzulassen. Jedenfalls darf es gerade dabei nicht zu einer Resignation der Stadt vor der Situation kommen.

Freiwilliger Polizeidienst

Nachdem der Freiwillige Polizeidienst einst von SPD und Grünen abgeschafft worden war, weil darin kein Mehrwert gesehen wurde, haben die gleichen Verantwortlichen ihn nach der letzten Kommunalwahl wieder eingeführt. Dabei handelt es sich um ehrenamtlich Tätige, vorwiegend in fortgeschrittenem Alter, die eine Kurzausbildung erhalten und für eine Aufwandsentschädigung durch ihre Präsenz das subjektive Sicherheitsempfinden verbessern sollen. Ob dieses Ziel tatsächlich erreicht wird, ist nach wie vor fraglich. Wir setzen uns daher für eine **Evaluierung** ein, um die Sinnhaftigkeit des Freiwilligen Polizeidienstes in Gießen zu überprüfen. Sollte von ihm nachweislich eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens ausgehen, soll der Freiwillige Polizeidienst beibehalten werden, andernfalls ist es geboten, ihn erneut abzuschaffen.

Brennpunkt Marktplatz

Einer der bekanntesten Orte, an denen sich Besucher und Anwohner zunehmend unwohler fühlen, ist der Marktplatz. Hier treffen sich regelmäßig unterschiedliche problematische Gruppen, die das subjektive Sicherheitsempfinden stark negativ beeinflussen. Dies beeinträchtigt sowohl die Aufenthaltsqualität als auch den lokalen Handel. Es kann nicht hingenommen werden, dass ein derart zentraler Ort unserer Stadt sich bei verschärfender Lage zunehmend selbst überlassen bleibt. Bisherige Versuche, eine Verbesserung der Lage insbesondere mit aufsuchender Sozialarbeit zu erreichen, sind offensichtlich gescheitert. Daher bedarf es nun eines **konsequenten Handelns auf mehreren Ebenen**. Zum einen ist die bauliche Situation der Wartehäuschen zu verändern. Die zunächst grün, nun rot leuchtenden Wartehäuser sind nicht nur unästhetisch, sondern aus kriminalpräventiver Sicht auch kontraproduktiv. Sie müssen **durch von allen Seiten transparente Wartehäuschen ersetzt werden**, damit sie zukünftig nicht mehr als Rückzugsort für Betrunkene, sondern tatsächlich für auf die Busse wartende, vorwiegend ältere und gehbeeinträchtigte Menschen dienen. Daneben sind konsequent sämtliche **Verfallserscheinungen** wie Müll und Schmierereien am und um den Marktplatz **unverzüglich zu beseitigen**. Um die unterschiedlichen Trinkerszenen vom Marktplatz zu verdrängen und damit den Hotspot zu entschärfen, sind zudem eine verstärkte **Präsenz** der **Stadtpolizei** sowie die **konsequente Durchsetzung** der **Gefahrenabwehrsatzung** erforderlich. Danach können bereits jetzt Platzverweise erteilt werden, wenn öffentliche Anlagen nur zum Zweck des Alkoholkonsums belagert werden oder aggressives Betteln (etwa durch Angeln) betrieben wird. Auf stadtplanerischer Ebene ist der Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass innerhalb des Geltungsbereichs **keine** weiteren **Spielhallen** oder **Wettbüros** errichtet bzw. betrieben werden dürfen, da sie regelmäßig problematische Klientel anziehen. Dies kann mittelfristig auch zu einer - gewünschten - Abnahme der bereits bestehenden Einrichtungen führen. Darüber hinaus soll die **Wirtschaftsförderung** der Stadt Gießen bei entstehendem Leerstand unverzüglich Kontakt zu dem jeweiligen Eigentümer der Immobilie aufnehmen und vermittelnd darauf hinwirken, dass sich in diesem Bereich möglichst **heterogenes Gewerbe ansiedelt**.

Sicherheit in der Dunkelheit

Dunkelheit wirkt verstärkend auf die Furcht vor Kriminalität – ganz unabhängig von der objektiven Sicherheitslage. Daher sind die bisher nur unzureichend beleuchteten Wege und Unterführungen in Gießen zu identifizieren und **präventiv auszuleuchten**. Dabei sollen kriminalpräventiv bereits **bewährte Beleuchtungskonzepte** gewählt

werden. Schwerpunkte der Furcht vor Kriminalität sind Unterführungen. Sie sollten möglichst hell (durch Farbe und Licht) gestaltet werden. In anderen Städten konnte durch die Beschallung mit klassischer Musik eine deutliche Verbesserung der Situation erreicht werden. Daneben gilt es gerade an diesen Orten **physische Verfallserscheinungen** wie Sachbeschädigungen, Müll und Graffiti stets zeitnah zu **beseitigen**. Möglichen Schmierereien soll zudem durch eine entsprechende **Gestaltung der Wände** vorgebeugt werden. Auch hierzu gibt es bereits zahlreiche Ansätze, die sich in anderen Städten bewährt haben und daher auf Gießen übertragen werden sollten.

Häusliche Gewalt | Frauenhäuser

Häusliche Gewalt wird noch immer nicht ausreichend öffentlich thematisiert und zum Teil stiefmütterlich behandelt, ja teilweise sogar totgeschwiegen.
Wir setzen uns für **mehr Aufklärung** ein und fordern **weitere aktive Präventionsmaßnahmen** zur Verhinderung dieses Phänomens, das zwar insbesondere Frauen, aber auch Männer betrifft. Zusätzlich muss die Anzahl der Plätze in **Gießener Frauenhäusern ausgebaut** und dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Gerade während der Corona-Pandemie waren die Frauenhäuser aufgrund der zunehmenden Fälle häuslicher Gewaltdelikte überfüllt. Auch in solchen Situationen muss die Stadt Gießen sicherstellen, dass für jede Betroffene und im Übrigen auch für jeden Betroffenen häuslicher Gewalt die Möglichkeit besteht, in einer entsprechenden Einrichtung Schutz und Beratung zu finden; ggf. sind insbesondere an Wochenenden **Notwohnungen vorzuhalten**. In diesem Kontext ist zu prüfen, ob die bestehenden städtischen Zuschüsse an die Träger der Frauenhäuser für deren Bedarf ausreichend sind oder aufgestockt werden müssen.

Suchthilfe & Cannabis-Pilot-Projekt

Ein mit Drogenhandel und Kriminalität in Verbindung gebrachtes Wohnumfeld wird von Bürgern abgelehnt und führt zum Rückzug von Bewohnern und Passanten.

Damit sich eine offene Drogenszene nicht weiter etablieren kann, fordern wir Gießener Freidemokraten eine **verbesserte Betreuung suchtkranker Menschen**, in gebotenen Fällen einschließlich der Möglichkeit medizinisch kontrollierten Drogenkonsums. Das erleichtert auch deren soziale Reintegration, da den Süchtigen die Möglichkeit gegeben wird, sich von ihrem bisherigen Umfeld zu distanzieren. Vielen Konsumenten wird es damit sogar ermöglicht, wieder ein einigermaßen normales Leben zu führen und einer geregelten Arbeit nachzugehen. Eine gewollte und erreichbare Folge ist, dass früher verwahrloste Bereiche für die Bürger wieder attraktiv werden.

Der Konsum von Cannabis ist längst in der Gesellschaft angekommen. Die Stigmatisierung der Konsumenten als Verbrecher und Kleinkriminelle entspricht nicht der Lebensrealität der meisten jungen Menschen. Darüber hinaus ist durch die Ignoranz der Politik ein blühender Schwarzmarkt entstanden, sodass man in Gießen leichter an Cannabis kommt, als sich viele vorstellen können. Selbstverständlich fragt der Dealer dabei weder nach dem Personalausweis noch sind die dabei gehandelten Cannabisprodukte rein. Gerade Letzteres ist ein enormes Gesundheitsrisiko für die Konsumenten. Wir sind davon überzeugt, dass effektiver Jugend- und Konsumentenschutz nur durch die Entkriminalisierung von Cannabis erreicht werden kann und schließen uns deshalb zahlreichen Forderungen aus Wissenschaft und Fachkreisen nach lizensierter Freigabe von Cannabisprodukten nur für Erwachsene

mit festgelegten THC-Grenzwerten an. Gießen kann hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Deshalb möchten wir bei der zuständigen Behörde eine Sondergenehmigung für die **kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten** in der Universitätsstadt Gießen beantragen. Bei Bewilligung des Antrags soll dann eine entsprechende Abgabestelle eingerichtet werden, wofür wir auch Apotheken als geeignet ansehen. Über den Kauf hinaus muss einerseits **Aufklärungsarbeit** durch das Fachpersonal vor Ort erfolgen, andererseits **Präventionsarbeit** durch die Stadt Gießen geleistet werden, um über Risiken und Folgen des Konsums aufzuklären. Nur so werden der Schwarzmarkt bekämpft, der Jugendschutz gesichert, die Konsumenten geschützt und erhebliche soziale Kosten vermieden. Die Stadt Gießen könnte hierbei einen mutigen und richtigen Schritt vorangehen und mit einem Pilotprojekt die Vorurteile mancher Bürger abbauen.

Innenstadt & Einzelhandel

Die Innenstadt und der Einzelhandel sind das Herz unserer Stadt. Damit dieses weiterhin gesund schlagen kann, ist es unerlässlich, in Zukunft eine gezielte Ansiedelungspolitik zu betreiben, den Handel vor Ort durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen und die Rahmenbedingungen für eine prosperierende Innenstadt in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren sicherzustellen.

Verkaufsoffene Sonntage

Wir Freien Demokraten setzen uns weiterhin mit aller Kraft für eine Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes ein, um in Zukunft Rechtssicherheit zu schaffen und nach Möglichkeit die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage zu erhöhen. Insbesondere der **Anlassbezug** und die damit verbundene Rechtsunsicherheit stellte den Handel in der Vergangenheit immer wieder vor große Herausforderungen. Gerade um die Umsatzverluste des Handels aufgrund der Corona-Pandemie ausgleichen zu können, bedarf es aber auch kurzfristigen Handelns. Hierzu schlagen wir vor zu prüfen, ob zeitlich begrenzt auf ein Jahr eine Ausweitung auf **bis zu zwölf verkaufsoffene Sonntage** möglich ist.

Erreichbarkeit und Parksituation verbessern

Die Parksituation rund um die Innenstadt hat sich in den letzten Jahren aufgrund des zunehmenden Abbaus von Parkmöglichkeiten stark verschärft. Eine weitere **Reduzierung von Parkmöglichkeiten ist abzulehnen**. Denn dies trifft nicht nur die Einwohner der Innenstadt, sondern auch die Kundinnen und Kunden unseres lokalen Handels. Daher müssen **ausreichend Parkmöglichkeiten** um und am Anlagenring vorgehalten werden. Nur so kann der Verkehr innerhalb des Anlagenrings reduziert werden, ohne den lokalen Handel zu benachteiligen. **„Park & Ride“-Parkplätze** sind dagegen für Besucher der Innenstadt zum Zweck des Einkaufens unattraktiv und daher eher durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine geeignete Möglichkeit, den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren.

Um Parksuchverkehr insgesamt zu vermeiden, ist auch die Nutzung der **bewirtschafteten Parkflächen zu digitalisieren**. Hierbei soll auf bereits etablierte Privatunternehmen zurückgegriffen werden, wobei die Stadt weiterhin die Höhe der jeweiligen Parkgebühren bestimmen soll. Ziel soll es sein, dass künftig durch eine Verbindung mit einem aktualisierten Parkleitsystem bequem über die **Gießen App verfügbarer Parkraum angezeigt** wird und sodann ergänzend zur analogen Variante mit dem **Smartphone** Parkplätze **bezahlt** und ggf. auch deren Belegung verlängert werden kann. Dabei soll die **erste** genutzte **Stunde** jeweils **kostenfrei** sein, um auch für manche kleinere Einkäufe einen Anreiz zu schaffen, unsere Innenstadt zu besuchen.

Gezielte Ansiedlung von attraktiven Geschäften bei Leerstand

Bei Leerständen im Bereich der Innenstadt soll in Kooperation mit den „Business Improvement Districts“ (BIDs) künftig die städtische **Wirtschaftsförderung** gezielt auf die Eigentümerinnen und Eigentümer der jeweiligen Grundstücke zugehen, um die **Ansiedlung neuer attraktiver Gewerbe voranzutreiben**. Dies soll künftig eine gesunde Durchmischung von Unternehmen sicherstellen und somit unsere Innenstadt nachhaltig aufwerten.

Neuorganisation des Stadtmarketings

Das Stadtmarketing Gießen bedarf der Neuorganisation, um **Interessenkonflikte** einzelner Akteure künftig zu **vermeiden**, **Transparenz** zu schaffen und die Arbeit insgesamt **effizienter** zu gestalten.

Wirtschaft & Gründer

Die Stadt muss ihre Chancen als Hochschulstandort und Innovationsmotor der Region ergreifen. Für Unternehmensgründungen aus dem Hochschulbereich müssen in der Startphase **geeignete Flächen** und **Hilfeleistungen** bereitgestellt werden. Weitere Hilfestellung erhalten Unternehmensgründer durch den von uns Freien Demokraten ausdrücklich unterstützten **Existenzgründerfonds**.
Des Weiteren soll sich die Stadt für eine **stärkere Verbindung zwischen Hochschulen und heimischen Unternehmen** stark machen; das ist eine elementare Aufgabe der städtischen Wirtschaftsförderung. Wie die Entwicklung von Anwenderzentrum, TIG und Transmit belegt, erwächst daraus großer Nutzen für Stadt, Hochschulen und Bevölkerung.

Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung ist vor allem Standortentwicklung. Ein guter Standort zeichnet sich neben den harten Standortfaktoren wie Gewerbeflächen, Infrastruktur, Fachkräfte und leistungsstarke Verwaltung auch durch attraktive weiche Standortfaktoren aus. Das sind vor allem Einrichtungen der Bildung, der Kultur und des Sports. Gute Schulen, unser Stadttheater und die Sportvereine sind daher eine unverzichtbare Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung. Die Wirtschaftsförderung kümmert sich aber nicht nur um die Ansiedlung von neuen Gewerbebetrieben und damit um die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern steht auch den angesiedelten

Unternehmen als Ansprechpartnerin der städtischen Verwaltung und Beraterin vor allem in Fragen der finanziellen Förderung zur Verfügung. Diese Aufgabe steht für uns gleichwertig neben dem Werben um neue Unternehmen.
Wirtschaftsförderung kann im Verbund mit regionalen Partnern effizienter betrieben werden. Das zeigt zum Beispiel das gemeinsame Auftreten bei der Expo-Real. Daher fordern wir auch in diesem Kontext die **Intensivierung von kommunaler Zusammenarbeit**. Weitere Kooperationen sollen geprüft werden, zum Beispiel mit dem Regionalmanagement Mittelhessen sowie den benachbarten Landkreisen und Städten. Unsere Vision ist die **Metropolregion Mittelhessen**! Außerdem muss der erfolgreiche **Cluster Medizintechnik** ausgebaut und der **Cluster Logistik** etabliert werden.

Verkehrliche Anbindung von Betrieben

In der Stadt Gießen ansässige Betriebe müssen auch verkehrlich im Stadtgebiet angeschlossen sein. So sind beispielsweise die **Zufahrtsstraßen** zu den Betrieben am Flugplatz in Lützellinden mindestens für den Anliegerverkehr zu öffnen.

Gewerbesteuerfreies Jahr für Gründer

In der Stadt Gießen studiert jeder zweite Einwohner an der Justus-Liebig-Universität (JLU) oder der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM). Das bedeutet für die Stadt eine Konzentration von Know-how und Fachkompetenz, wie sie in keiner anderen deutschen Stadt vergleichbarer Größe zu finden ist. Darin sehen wir eine große Chance für unsere Stadt. Um diese Chance in Zukunft besser zu nutzen, möchten wir für junge Unternehmer, Start-Up-Gründer und solche, die es werden wollen, einen Anreiz schaffen, in Gießen sesshaft zu werden und den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Hierfür soll jedem Gründer nach dem **ersten Geschäftsjahr** ein **Zuschuss in Höhe der gezahlten Gewerbesteuer** gewährt werden. Dies soll jedem die Möglichkeit geben, das erste erwirtschaftete Kapital in sein eigenes Unternehmen zu investieren und nicht an die Stadt Gießen abführen zu müssen. Zudem wollen wir insgesamt die Gewerbesteuer senken, um Gießen dauerhaft und nachhaltig als Gründerstadt zu etablieren.

Digitalisierung und Breitbandversorgung

Für uns Freie Demokraten ist schnelles Internet unerlässlich für unsere heutige Gesellschaft. Sowohl für wissenschaftliches Arbeiten während des Studiums als auch für Unternehmen sowie beim Gestalten der persönlichen Freizeit ist eine schnelle Internetverbindung ein wichtiger Baustein der städtischen Infrastruktur. Die Breitbandversorgung ist heutzutage maßgeblich bei Standortentscheidungen und daher unerlässlich, um innovative Existenzgründer vor Ort halten zu können. Wir möchten daher den **Ausbau des Breitbandnetzes noch schneller vorantreiben**, um jedem Haushalt in Gießen einen schnellen Internetzugang durch Glasfaserkabel bis zur Haustür zu ermöglichen. Wir wollen tatsächlich „schnelles Internet an jeder Milchkanne“.

Stadtmarketing

Mit Deutschlands höchster Studentendichte bietet die Stadt Gießen eine hohe Konzentration an Know-how. Das möchten wir im öffentlichen Auftritt der Stadt

bewerben, damit sich zukünftig Unternehmen bei der Eröffnung einer neuen Niederlassung bewusst für die Stadt Gießen entscheiden.

Kooperation mit dem Gründerzentrum

Als erste Anlaufstelle für Gründer besteht in unserer Stadt bereits das Technologie- und Innovationszentrum Gießen (TIG). Aber auch andere Institutionen wie IHK, Handwerkskammer, Volksbank Mittelhessen und Sparkasse Gießen bieten vielfältige zusätzliche Dienste an. Wir Freien Demokraten möchten die bereits bestehende **Zusammenarbeit** mit der Stadt weiter **verstärken** und nach Möglichkeit das schon existierende **Netzwerk noch enger knüpfen**. Um den Bedarf an Working-Space der meist jüngeren Gründer gerecht zu werden, müssen die jeweiligen Kapazitäten stets im Auge behalten und ggf. an den Bedarf angepasst werden.

Gründer-Investoren-Netzwerk

Es müssen zudem auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden, um Gründern die Verwirklichung guter Ideen zu ermöglichen. Daher fordern wir im Rahmen des TIG den Aufbau eines **Gründer-Investoren-Netzwerkes**.

Kultur

Ein vielfältiges Kulturleben ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität in unserer Gesellschaft. Liberale Kulturpolitik zielt nicht nur auf die Bewahrung und Pflege des kulturellen Erbes ab, sondern öffnet sich auch neuen Ideen und Wegen. Kulturelles und künstlerisches Schaffen auf allen Gebieten sowie die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fördern individuelle und soziale Identität. Daher muss Kulturförderung integraler Bestandteil von Kommunalpolitik sein. Neben ehrenamtlichem Engagement, privatem Sponsoring und bürgerlichem Mäzenatentum bleibt Kulturförderung auch Verpflichtung der Stadt. Dabei ist es wichtig, Netzwerke zu bilden zwischen kommunaler Verwaltung, Wirtschaft, öffentlichen und privaten Institutionen, Vereinen und Initiativen.
Kultur und Kulturpolitik bestimmen auch in hohem Maße die Zukunftschancen der jungen Generation. Daher muss städtische Kulturpolitik einen besonderen Schwerpunkt auf die musisch-kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen legen, um frühzeitig ihre Kreativität zu fördern, ihre Intelligenz auszubilden und ihre Persönlichkeit zu entwickeln.
Für eine aktive städtische Kulturpolitik treten wir auch deswegen ein, weil Kultur- und Bildungseinrichtungen als ökonomische Standortfaktoren über die Grenzen der Stadt hinaus wirken und vielfältigen wirtschaftlichen Nutzen, nicht zuletzt in Form von Arbeitsplätzen, bringen. Im Bereich der Kulturwirtschaft gehen kulturelle Betätigung und wirtschaftliches Erfolgsstreben eine enge Symbiose ein.

In zurückliegenden Wahlperioden erfuhr das kulturelle Leben unserer Stadt Gießen dank der Arbeit der beiden liberalen Kulturdezernenten Dr. Reinhard Kaufmann und Harald Scherer vielerlei Impulse. Dazu gehören u.a. das Projekt „Gießen historisch“, der Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis, die „Gießener Köpfe“, die Basilika-Konzerte auf dem Schiffenberg, im neuen Kulturrathaus der „Hermann-Levi-Konzertsaal“, die

Kunstausstellungshalle und die neue, ansprechende Stadtbibliothek. Auch der Anstoß zur Gründung eines Literaturzentrums, die Bereitstellung von Ausstellungsräumen in der ehemaligen Stadtbibliothek in der Kongresshalle sowie die Initiative „Kultur im Dialog“ gehören zu diesen Impulsen. Unbestritten gewann Gießen an kulturellem Profil. So konnte Gießen seinem selbstgewählten Anspruch, „Kulturstadt an der Lahn“ zu sein, deutlich näherkommen.

Leider wurden unter SPD, CDU und Grünen die Zuwendungen für die Kulturpflege ebenso wie der städtische Zuschuss für Meister- und Basilikakonzerte gekürzt und für die Liebig-Stipendien komplett gestrichen. Das wollen wir nach der Kommunalwahl 2021 unter liberaler Verantwortung wieder korrigieren.
Kulturpolitik ist keine Nebensache.

Stadttheater

2017 feierte das Stadttheater – „Denkmal bürgerlichen Gemeinsinns“ - seinen 110. Geburtstag! Das Theater mit seinen drei Sparten (Musiktheater, Schauspiel und Tanz) und dem Kinder- und Jugendtheater sowie dem Sinfonieorchester ist der tragende Eckpfeiler der kulturellen Infrastruktur unserer Stadt. Die Stadt muss alles tun, damit es bei dem zur **Sicherung** seiner **Finanzierung** mit dem Land Hessen und dem Landkreis Gießen geschlossenen Theatervertrag bleibt.

Kulturgewerbehof

Wir Freien Demokraten stehen einer anteiligen kulturellen Nutzung der Feuerwache in der Steinstraße als sog. Kulturgewerbehof **positiv** gegenüber. Durch den Umzug der Berufsfeuerwehr in das Gefahrenabwehrzentrum eröffnet sich die Chance auf eine Neuentwicklung des Areals, die auch die Einrichtung eines Kulturgewerbehofs beinhalten soll. Dabei soll die Stadt Gießen Kulturschaffenden buchstäblich **„Raum bieten“**. *Die Details zur von uns Freien Demokraten geforderten Mischnutzung durch Freiwillige Feuerwehr Gießen-Mitte, Kultur und Wohnen finden Sie im Kapitel „Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ unter „Zukunft des Standorts Steinstraße – Mischnutzung als Chance für Kultur und Feuerwehr“.*

Oberhessisches Museum

Mit seinen Abteilungen im Alten Schloss, im Leib'schen und Wallenfels'schen Haus hat das Oberhessische Museum Umfang und Qualität eines Landesmuseums erreicht; zwischen Frankfurt und Kassel besteht keine vergleichbare museale Einrichtung. Das Oberhessische Museum ist eine unverzichtbare Bildungseinrichtung unserer Stadt, die der **kontinuierlichen Förderung** bedarf.

Bei den städtischen Planungen zur zukünftigen Gestaltung der Innenstadt ist zu berücksichtigen, dass mittel- bis langfristig ein **Erweiterungsbau** des Museums erforderlich wird - vor allem wegen der dank bürgerschaftlichen Engagements in Form von Schenkungen und Vermächtnissen stetig wachsenden Bestände.

Wir befürworten eine **bauliche Erweiterung des Alten Schlosses** im Randbereich des Botanischen Gartens am Brandplatz.

Naturwissenschaftliche Museumskette

Mit dem Liebig-Museum und dem Mathematikum sowie dem Botanischen Garten ist der Grundstock für eine naturwissenschaftliche Museumskette gelegt, mit der sich Gießen als Museumsstandort gegenüber der stärker geistes- und kulturwissenschaftlich ausgerichteten Museumslandschaft unserer Nachbarstadt Wetzlar profilieren kann. Zur Ergänzung können sich die Freien Demokraten vorstellen, in Gießen ein **meteorologisches Museum** und im Gedenken an die Tätigkeit von Conrad Röntgen ein **interaktives Physik-Museum** zu schaffen.
Die Stadt muss die Bemühungen der Justus Liebig-Gesellschaft zu Gießen unterstützen, um die **Aufnahme des Liebig-Museums in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes** zu erreichen.

Skulpturenprojekt „Gießener Köpfe"

Das vom ehemaligen Kulturdezernenten Dr. Reinhard Kaufmann ins Leben gerufene Skulpturenprojekt, mit dem an Menschen erinnert werden soll, die die Geistes- und Kulturgeschichte unserer Stadt bereichert haben, bedarf der **Fortsetzung**. Vor allem in der Fußgängerzone und anderen Bereichen der Innenstadt ist Raum für die Aufstellung weiterer Büsten. Bei der Auftragsvergabe sollen möglichst **Künstler aus der heimischen Region** berücksichtigt werden. Die Stadt soll die Sponsoren bei der Verwirklichung ihres Beitrages zu diesem Projekt der "Kunst im öffentlichen Raum" unterstützen. Wir wollen die Arbeit des Beirates „Gießener Köpfe“ konstruktiv begleiten.

Kulturrathaus

Bisher wurde mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem Bildhauersymposium 2009 geschaffenen Kunstwerke weitestgehend auf eine Ausstattung des Rathauses mit Kunst verzichtet. In Anlehnung an das Prinzip „Kunst am Bau“ bei Bauten des Bundes und der Länder sollte die Stadt Gießen Mittel für den Erwerb von Kunstwerken bereitstellen.

Gießener Kulturnacht

Einmal jährlich soll in Gießen eine **lange „Kulturnacht“** stattfinden, in der das kulturelle Angebot für jedermann zugänglich ist.
Diese Kulturnacht soll es Künstlerinnen und Künstlern aus allen Bereichen der Kulturwirtschaft wie Theater, Kino, bildende Kunst, Musik und Museen ermöglichen, einem breiten Publikum nicht nur aus der Stadt, sondern auch aus ganz Mittelhessen ein **attraktives Kulturevent** anzubieten. Wir versprechen uns dadurch langfristig eine nachhaltige Stärkung der Kulturwirtschaft als eigenständiger Wirtschaftsfaktor und als Impulsgeber für die Standort- und Stadtentwicklung in Gießen.

Musikschule

Angesichts der Bedeutung, die der musikalischen Bildung und vor allem der aktiven Musikausübung für die Entfaltung der Lernfähigkeit von Kindern und deren Entwicklung zukommt, erfüllt die städtische Musikschule einen wichtigen Bildungsauftrag. Ihre Leistungsfähigkeit ist durch eine **personelle Verstärkung** zu sichern und auszubauen. Dies gilt insbesondere die frühkindliche Förderung.

Veranstaltungsort Schiffenberg

Der Schiffenberg mit seinem kunsthistorisch wertvollen Architekturensemble ist nicht nur ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bewohner Gießens und des Umlandes, sondern sollte stärker als bisher als **kultureller Veranstaltungsort** für Mittelhessen und darüber hinaus genutzt werden. Der beliebte Musikalische Sommer auf dem Schiffenberg soll um ein **regionales Klassikfestival** ergänzt werden. Der **Haushaltsansatz** hierbei ist **auf das Niveau von 2012 wieder anzuheben**. Neben dem folkloristischen Programm heimischer Gesangs- und Musikgruppen und den Basilika-Konzerten ist auch das Stadttheater wieder verstärkt in das Programmangebot einzubeziehen. Nach der Sanierung der Basilika soll in einem nächsten Schritt der **Innenhof des ehemaligen Klosters Schiffenberg neu gestaltet** sowie die **Terrassen des Südhangs restauriert, unter Denkmalschutz gestellt und bepflanzt werden**. Der Baumbestand im Innenhof ist zu erhalten.

Unterstützung kulturschaffender Vereine

Vereine und private Initiativen von Gruppen und Einzelpersonen, insbesondere musiktreibende und Gesangvereine, aber auch Theater- und Satire-Ensembles, leisten einen wichtigen Beitrag zu einem möglichst vielseitigen Kulturangebot in unserer Stadt. Die zu Zeiten liberaler Kulturdezernenten zu ihrer Förderung kontinuierlich aufgestockten Haushaltsansätze sind angesichts der Kürzungen durch CDU, SPD und Grüne wieder auf den **Stand des Jahres 2012 aufzustocken**. Dabei müssen Kriterien wie künstlerische Qualität und Beitrag zur Profilierung des kulturellen Angebots in unserer Stadt Vorrang vor dem „Gießkannenprinzip“ haben. Dafür müssen **transparente Förderrichtlinien** erstellt werden.

Stärkung der Gießener Kulturstiftung

Das Vermögen der aus der ehemaligen Canon-Kulturstiftung hervorgegangenen Gießener Kulturstiftung hat sich als zu gering erwiesen, um aus den Erträgen eine angemessene Förderung größerer kultureller Projekte oder Einrichtungen zu ermöglichen. Daher soll die Stadt Anstrengungen unternehmen, um zusätzliches **privates Kapital** im heimischen Raum zu **mobilisieren**, damit die Gießener Kulturstiftung in die Lage versetzt wird, aus den Erträgnissen ihres Vermögens auch Kunst- und Kulturprojekte von regionaler und überregionaler Ausstrahlung zu fördern.

Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis

Seit 2003 verleiht die Stadt Gießen alle zwei Jahre gemeinsam mit der Hessischen Landesregierung den Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis, mit dem an das künstlerische Erbe des einzigen Gießener Oscar-Preisträgers, des Bühnenbildners und Malers Hein Heckroth, erinnert werden soll. Die Mittel für den städtischen Anteil am Preisgeld zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses und zur Abwicklung der Preisverleihung sind auch **zukünftig in den Haushaltsplänen bereitzustellen**. Durch diesen einzigen deutschen Bühnenbildpreis wird der Ruf Gießens als Kulturstadt überregional gefestigt.

Liebig-Stipendien

Die Liebig-Stipendien sollen als Ausdruck der engen Verbundenheit Gießens mit seiner Universität und der an ihr lernenden und arbeitenden Studierenden in Höhe des Haushaltsansatzes im Jahre 2012 **wieder vergeben** werden.

Meisterkonzerte und Basilikakonzerte

Gerade nach Fertigstellung der restaurierten Basilika auf dem Schiffenberg halten wir eine **Wiederaufstockung** der Bezuschussung auf die Höhe des Jahres 2012 für geboten.

Wilhelm-Gail-Plakette

Für die **Anerkennung herausragender Leistungen auf kulturellem Gebiet** wird eine Wilhelm-Gail-Plakette geschaffen und für ihre Vergabe Richtlinien erarbeitet. Die Plakette soll jährlich an Bürgerinnen und Bürger verliehen werden, die sich um das kulturelle Leben und Bildungsangebot in Gießen verdient gemacht haben. Mit ihr soll zugleich die Erinnerung an Kommerzienrat Dr. h.c. Wilhelm Gail, den großzügigen Förderer des Oberhessischen Museums und anderer Kultureinrichtungen in Gießen, wachgehalten werden.

„Gießen historisch“

Nachdem in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Bauwerken der Kernstadt durch entsprechende Objekttafeln gekennzeichnet, die Orientierungstafeln aufgestellt und eine erläuternde Broschüre gedruckt werden konnten, bedarf es nun der **Fortführung** dieses touristisch wichtigen, aber auch für die Gießenerinnen und Gießener interessanten Projektes durch Einbeziehung der Stadtteile; dabei ist mit den Ortsbeiräten eng zusammenzuarbeiten. Die Orientierungstafeln sollen mit **QR-Code** ausgerüstet und die Informationen der Broschüre hinterlegt werden.

Pflege historischer Bausubstanz

Die Bemühungen der Stadt um den Erhalt historisch wertvoller Bausubstanz müssen fortgesetzt werden; dazu gehören z.B. das Ensemble am Kirchenplatz, das Zeughaus mit dem Neuen Schloss, die Häuserzeilen entlang der Wieseck, das Bahnhofsensemble, die Basilika auf dem Schiffenberg, aber auch die dörflichen Kerne in den Stadtteilen. Hierbei ist eine enge und verständnisvolle Zusammenarbeit mit den Eigentümern unerlässlich.

Grabdenkmäler auf dem Alten und Neuen Friedhof

Die Bemühungen um den **Erhalt künstlerisch und stadtgeschichtlich wertvoller, vom Verfall bedrohter Grabdenkmäler** auf den beiden Friedhöfen sind zu verstärken. Zudem sind alle Grabdenkmäler in einem **wissenschaftlich fundierten Katalog zu erfassen**. Die finanzielle Beteiligung der Justus-Liebig-Universität sowie von Standes- und Berufsverbänden ist ebenso anzustreben wie die Übernahme von Patenschaften durch Privatpersonen.

„Pavillon“ auf dem Alten Friedhof

An dem durch Sichtachsen betonten Standort des in den Nachkriegsjahren errichteten und nun sanierungsbedürftigen Dienstgebäudes soll ein **pavillonartiger Zentralbau** entstehen, der in seinem Baustil der kulturhistorischen Bedeutung des Alten Friedhofs gerecht werden muss. In ihm können nicht nur wertvolle Grabmäler sicher vor weiterem Verfall untergebracht und kulturhistorische Erläuterungen zum Alten Friedhof angebracht, sondern gelegentlich auch temporäre Ausstellungen gezeigt werden.

Schlammbeisers Lahnlust

Dieses Lahnspektakel leistet einen wertvollen Beitrag, die Lahn als Naherholungsgebiet und Ort für Kulturangebote aufzuwerten, den Fluss stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern und zugleich sein touristisches Potenzial besser zu nutzen. Wir stehen für eine **Fortführung dieses Events**.

Kulturelle Zusammenarbeit mit Wetzlar

Die im Rahmen des Forschungsprojektes Stadt 2030 Gießen-Wetzlar bereits 2003 empfohlenen und von den politischen Gremien beider Städte anerkannten Handlungsschwerpunkte (z.B. gemeinsamer Kulturfonds, Kulturdialog Gießen-Wetzlar, Kulturgewerbehof als Gründerzentrum) bedürfen der weiteren Umsetzung. Ein Ausbau dieser Beziehungen ist zur Stärkung der regionalen Identität wichtig.

Städtepartnerschaften

Gießen pflegt mit Netanya (Israel), Gödöllö (Ungarn), Waterloo (USA), Winchester (England), Hradec Kralove (Tschechien) und Ferrara (Italien) gut funktionierende Städtepartnerschaften. Dagegen sind die **Partnerschaften mit San Juan del Sur (Nicaragua) und Wenzhou (China) aufgrund der dortigen Menschenrechtsverletzungen zu hinterfragen und ständig auf den Prüfstand zu stellen.**
Die Städtepartnerschaften dienen dem kulturellen, sportlichen und künstlerischen wie auch dem administrativen Austausch und sind weiterhin zu fördern, auch durch eine Unterstützung der Partnerschaftsvereine. Zur Belebung der Städtepartnerschaften und zur Unterstützung der Partnerschaftsvereine soll regelmäßig alle 3-4 Jahre ein gemeinsames Treffen aller Partnerstädte stattfinden.

Verkehr & Mobilität

Innovative Anregungen der Freien Demokraten, wie die Prüfung einer Seilbahn oder die Beteiligung an dem Bundesprojekt zum Betrieb eines autonomen Busses, wurden in der vergangenen Legislaturperiode von der Regierungsmehrheit ebenso abgelehnt wie pragmatische Vorschläge, weitere Park&Ride-Plätze am Stadtrand einzurichten.

Die Gießener Verkehrspolitik beschränkt sich noch immer auf ein „Klein-Klein“ oder das Reagieren auf örtliche Ereignisse. Dagegen begrüßen wir Freien Demokraten den technologischen Fortschritt im Verkehrswesen und wollen ihn umsetzen in konkrete Politik. Der Wettbewerb um die besseren Ideen ermöglicht **zukunftorientierten Wandel**. Dabei bedarf es an vielen Stellen Mut, neu zu denken. Da sich jedoch nicht vorhersagen lässt, wie konkret der technologische Fortschritt aussehen wird, ist ungewiss, welche Verkehrsmittel in Zukunft die effizientesten sein werden. Unbestritten ist aber das Ziel, einer **emissionsarmen Mobilität** immer näher zu kommen. Daher sind wir offen für technologische Optionen und Chancen.

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch eine **freie Wahl der Verkehrsmittel**. Wir Freien Demokraten wollen daher kein Verkehrsmittel diskriminieren, sondern treten ein für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsmittel. Ein

gegenseitiges Ausspielen von ÖPNV, PKW und Rad- sowie Fußverkehr lehnen wir ab. Daher muss auch den verschiedenen Verkehrsarten und -trägern (Individualverkehr, Wirtschaftsverkehr, ÖPNV) die jeweils erforderliche Infrastruktur zur Verfügung stehen. Das kann durchaus auch **räumliche Trennung** – beispielsweise von Fahrrad- und Autostraßen – bedeuten.

Zudem sind wir der festen Überzeugung, dass gute Verkehrspolitik niemals getrennt von **Stadtplanung** gedacht werden kann. Für eine effizientere Verkehrsführung ist eine **generelle Überprüfung der aktuellen Verkehrssituation** in Gießen unerlässlich. Wir wollen eine **Stadt der kurzen Wege**.

Ein Schwerpunkt bei dieser Überprüfung muss auf der **ökologischen und ökonomischen Schaltung der Lichtzeichenanlagen** (Ampelanlagen) liegen. Des Weiteren fordern wir eine wirksame **Verbesserung des Baustellenmanagements**, denn das verursacht derzeit noch immer gravierende Hindernisse für den fließenden Verkehr.

ÖPNV

Wir Freien Demokraten treten für einen verstärkten **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs** ein. Dazu gehören auch die Chancen, die neue Verkehrsmittel eröffnen. Durch bedürfnisorientierte Fahrpläne, Taktzeiten und bessere Linienführung muss und kann das **Busfahren attraktiver** werden. Neue Wohn- und Gewerbegebiete müssen beim Ausbau des ÖPNV-Netzes berücksichtigt werden.

Die Streckenführung der Stadtbuslinien muss unter **Berücksichtigung der Belange der Hochschulen** überprüft und wo nötig angepasst werden. Nur so kann erreicht werden, dass der Verkehr zwischen den Hochschuleinrichtungen stärker als bisher auf den öffentlichen Nahverkehr verlegt wird. Stadt und Hochschulen müssen gemeinsam ein Konzept erarbeiten, durch das der von Studierenden, Bediensteten und Anwohnern benötigte Parkraum bestmöglich sichergestellt werden kann.

Die Vertreter der Stadt Gießen sollen im Aufsichtsrat des RMV explizit die Interessen der Studentinnen und Studenten vertreten. Dazu gehört nach unserer Meinung auch, dass die Stadt Gießen den Fortbestand und die **Weiterentwicklung des Semestertickets** aktiv unterstützt.
Das **Nachtbuskonzept Saturn und Venus** hat sich bewährt und soll **weiterentwickelt** werden.

Zur Reduzierung des nach Gießen einpendelnden Verkehrs fordern wir einen **intensiven Ausbau der sogenannten „letzten Meile“**, also der Überwindung der Distanz zwischen den ÖPNV-Haltepunkten und den tatsächlichen Zielen der Pendler. Ferner treten wir dafür ein, dass über die Digitalisierung der **klassische ÖPNV und die „On-demand“-Angebote miteinander verknüpft** werden, so dass mit einem Buchungs- und Bezahlvorgang beispielsweise Bus-Ticket und Leihfahrrad, E-Scooter und andere Sharing-Dienste abgewickelt werden können.

Da die **Buslinie 1** aktuell ihre Kapazitätsgrenze erreicht hat, bedarf es ihrer **Neukonzeption**. Dabei muss sichergestellt werden, dass die 18 Tonnen schweren Gelenkbusse die dafür nicht geeigneten Straßen in den südlichen Stadtteilen Kleinlinden, Allendorf und Lützellinden in Zukunft nicht mehr befahren.

Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Der motorisierte Individualverkehr wird – wie andere Verkehrsmittel auch – in den kommenden Jahren einen Wandel erfahren. Dieser Wandel wird sich aus heutiger Sicht zunächst vor allem in der Antriebstechnologie (weg vom Verbrennungsmotor) und der Steuerung (automatisiertes Fahren) abspielen. Auch für weitere Entwicklungen, wenngleich sie sich derzeit nicht konkret prognostizieren lassen, sind wir Freien Demokraten grundsätzlich aufgeschlossen. Mittelfristig wird es zum **Aufweichen der strikten Trennung zwischen ÖPNV und MIV** kommen. Auch wenn die Bedeutung des Privateigentums an einem Fahrzeug eine geringere Rolle spielen sollte, ist dennoch mit einer steigenden Anzahl an Fahrzeugen zu rechnen. Wichtig wird sein, dass die Fahrzeuge von den Nutzern zügig und sicher bewegt sowie abgestellt werden können.

Überarbeitung der Ampelschaltung

Der innerstädtische Verkehr und insbesondere die Ampelschaltungen müssen **optimiert** werden. Dies sollte mithilfe von **Sensoren** und **bei laufendem Betrieb lernender künstlicher Intelligenz** geschehen. Die erhobenen Daten sollen anonymisiert Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, die damit innovative Produkte entwickeln können. Dadurch könnte der CO2- und NO*x*-Ausstoß gesenkt und ein zügigerer Verkehrsfluss ermöglicht werden. Durch das Anfahren an den Ampeln werden deutlich mehr Schadstoffe ausgestoßen als durch kontinuierliches Fahren auf der „grünen Welle“ einer sinnvoll getakteten Ampelschaltung. Durch den besseren Verkehrsfluss könnten auch etwaige Diesel-Fahrverbote vemieden werden, gegen die wir uns aussprechen.

Verknüpfung des ÖPNV mit anderen Verkehrsträgern

Die Verknüpfung des ÖPNV mit anderen Verkehrsträgern ermöglicht eine effizientere Steuerung und spürbare Entlastung des Verkehrs. Wir fordern, die **Park-and-Ride-Plätze auszubauen**. Von dort muss es möglich sein, mit einer engen Taktung des ÖPNV zügig in die Innenstadt kommen.

Parken in der Stadt

In den letzten Jahren haben wir ausreichend Parkraum in der Innenstadt ermöglicht. Durch den Bau der Galerie Neustädter Tor sind in Gießen 1.100 neue Parkplätze hinzugekommen. Weitere Parkplätze sind unter dem Kulturrathaus am Berliner Platz entstanden. Das am Bahnhof entstehende Parkhaus schafft ausreichend Parkraum in der Nähe der Museumsmeile und des Bahnhofs. Dennoch wird ein erheblicher Teil des innerstädtischen PKW-Verkehrs durch die Suche nach Parkplätzen verursacht. Hier sind Verbesserungen notwendig. Um einen Teil des Parksuchverkehrs zu vermeiden, ist auch die **Nutzung der bewirtschafteten Parkflächen zu digitalisieren**. Hierbei soll auf bereits etablierte Privatunternehmen zurückgegriffen werden, wobei die Stadt weiterhin die Höhe der jeweiligen Parkgebühren bestimmen soll. Ziel ist es, dass künftig in Verbindung mit einem aktualisierten Parkleitsystem über die **Gießen App** verfügbarer Parkraum angezeigt wird und sodann ergänzend zur analogen Variante mit dem Smartphone Parkplätze bezahlt und ggf. auch verlängert werden können. Dabei soll die erste genutzte Stunde jeweils kostenfrei sein, um auch für manche kleinere Einkäufe einen Anreiz zu schaffen, unsere Innenstadt zu besuchen.

Verkehrsberuhigte Zonen

Die Einrichtung weiterer verkehrsberuhigter Zonen setzt die Akzeptanz durch die betroffenen Anwohner und Gewerbetreibenden voraus. Solche Bereiche müssen durch bauliche, verkehrslenkende und verkehrsbeschränkende Maßnahmen optisch ansprechend und für den Verkehr ungefährlich gestaltet werden. Neue verkehrsberuhigte Zonen dürfen dabei nicht zu einer erhöhten Belastung für die Bewohner umliegender Straßen führen.

Anschlüsse an den Gießener Ring

Wir sind davon überzeugt, dass eine zusätzliche Anbindung an den Gießener Ring am **Leihgesterner Weg** den Verkehr in der Stadt Gießen weiter entlasten wird. Die zusammen mit der Stadt Linden unternommenen Anstrengungen sind weiterzuführen.

Radverkehr

Wir Freien Demokraten sehen den Fahrradverkehr als eine wichtige Komponente des Individualverkehrs. Das Fahrrad wird immer beliebter, selbst im Winter. Gründe dafür sind insbesondere Schnelligkeit, Bequemlichkeit und Einfachheit. Verbesserungen des Radverkehrs tragen zu einer Entlastung anderer Verkehrsmittel bei. Durch die Elektrifizierung wird der Radverkehr schneller und leistungsfähiger.

Wir begrüßen es, dass die **Mitnahme von Fahrrädern im Bereich des RMV kostenlos** ist. Verbesserungsbedarf gibt es noch bei den **Flexräumen** für Fahrräder, Kinderwagen usw.

Konflikte in der Nutzung des Straßenraumes gibt es an vielen Stellen. Die meisten lösen sich mit der **Durchsetzung geltender Regeln**.
Um den Radverkehr attraktiver zu gestalten, muss ein **lückenloses Radwegenetz** geschaffen und entsprechend ausgeschildert werden. Zusätzliche **Abstellmöglichkeiten wie Fahrradboxen oder Parkhäuser** müssen zumindest in den urbanen Stadtbereichen errichtet werden. Wir befürworten den Ausbau des **überörtlichen Radwegenetzes** und der **Radschnellwege**, jedoch nicht auf Kosten der Autofahrer. Es ist zu prüfen, an welchen derzeit mehrspurigen Straßen auf Abschnitten ohne Radweg die Fläche für den Autoverkehr reduziert werden kann, um seitlich jeweils Platz für einen Radweg zu schaffen.
Auf wichtigen Verbindungsstrecken ohne eigenen Radweg sind Fahrradaufstellflächen mit separater Ampelschaltung wie am Selterstor einzurichten. Auch für Radfahrer gilt, dass der Verkehrsfluss gewährleistet sein muss.

Neue Verkehrsmittel für die letzte Meile

Wir stehen neuen Verkehrsmitteln für die sog. „letzte Meile“ grundsätzlich positiv gegenüber. Daher soll die Stadt mit den bereits in Deutschland etablierten Anbietern beispielsweise für **E-Scooter** Kontakt aufnehmen und für den Standort Gießen aktiv werben. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Scooter nicht im Bereich der Fußgängerzonen benutzt und nur an entsprechend ausgewiesenen Plätzen abgestellt werden dürfen. Diese sollen sich über das gesamte Stadtgebiert verteilen.

Herausforderung Wirtschaftsverkehr

Der Wirtschaftsverkehr in den Innenstädten nimmt mehr und mehr zu. Das führt dazu, dass die Nutzungskonflikte im innerstädtischen Straßenraum zunehmen. Die Folgen sind Engpässe bei Logistik-Prozessen und die Gefährdung der Verkehrssicherheit. Ein auf alle Verkehrsträger **abgestimmtes Verkehrskonzept** für die Belieferung und Entsorgung der Stadt sowie eine optimierte Baustellenlogistik sind notwendig.

Besondere Bedeutung kommt den Sektoren Handwerk, Liefern, ÖPNV und Taxi zu. Diese Wirtschaftssektoren sind nicht ohne Straße denkbar und erfüllen für ein reibungsloses Miteinander in einer sozialen und lebenswerten Stadt eine wichtige Servicefunktion, ohne die eine Gesellschaft nicht existieren kann. Eine funktionierende Logistik ist für ein lebenswertes Miteinander aller Bürger in der Stadt unverzichtbar.

Statt mit Verboten und Schikanen die Wirtschaftsverkehre zu behindern, muss die Stadt Gießen **Anreize und intelligente Lösungen** entwickeln, die das Handwerk, Kleingewerbe, die Taxibranche und Selbständige zum Umstieg auf alternative und emissionsarme Antriebssysteme animieren. Bei allen Maßnahmen ist der Nutzen für die Umwelt im Verhältnis zum Aufwand aller Betroffenen abzuwägen.

Bahnverkehr und Lärmschutz

Die vermehrte Nutzung des Schienenverkehrs zum Transport von Waren aller Art ist aus ökologischen Gründen zu begrüßen. Allerdings sind nach wie vor Anwohnerinnen und Anwohner in der Stadt und den Stadtteilen durch die dadurch entstehenden Lärmemissionen stark belastet und ist ihre Wohnqualität eingeschränkt. Daher sind die (insbesondere durch Güterzüge verursachten) **Lärmschwerpunkte** zu **ermitteln** und zeitnah, soweit notwendig durch Verhandlungen mit der Deutschen Bahn, geeignete **Lärmschutzmaßnahmen** wie der Bau von **Lärmschutzwänden** und/oder die Verlegung **moderner, leiserer Gleise** zu ergreifen.

Verkehrsmittel verknüpfen

Eine strikte Trennung von Personen- und Wirtschaftsverkehr ist nicht mehr zeitgemäß, denn sie nutzen gemeinsam alle Verkehrsmittel. Statt Verkehrsträger als Substitute zueinander zu verstehen, sollte vielmehr ihr **komplementärer Nutzen gefördert** werden. Die verkehrsmittelübergreifende Zusammenarbeit gewinnt im Liefertransport immer mehr an Bedeutung. Nur wenn sie kombiniert zum Einsatz kommen, sind die spezifischen Vorzüge jedes Verkehrsträgers nutzbar: Bei hohen Güterverkehrsleistungen und großen Entfernungen entlasten Schiff und Bahn die Straße, während die innerstädtischen Strecken von den Güterterminals (Verteilzentren) zu den Empfängern durch emissionsarme Verkehrsträger erfolgen sollte.

Innovative Lösungen: Neue Technologien für den Lieferverkehr

Bei der städtischen Verkehrsplanung ist auf die Belange des Wirtschaftsverkehrs Rücksicht zu nehmen. Dies betrifft insbesondere die Ausweisung von **Ladezonen** beziehungsweise die Berücksichtigung eines reibungslosen Ver- und Entsorgungsverkehrs bei Maßnahmen des Parkraummanagements. Beispiele wie die Belieferung der Innenstädte mit **Lastenfahrrädern** oder die Schaffung von **Mikrodepots** sollen daher auch in Gießen geprüft werden.

Fußgänger

Viele Wege werden zu Fuß zurückgelegt. So wird es auch schon auf vielen Bürgersteigen oder an Kreuzungen manchmal eng – und damit im Zusammenhang mit Rad- und Autoverkehr auch gefährlich. Der Fußgängerverkehr ist eine eigenständige Fortbewegungsform und muss deutlich **ernster genommen werden**. Dazu gehören, die **Breite der Bürgersteige** und **Größe der Verkehrsinseln** an den Fußgängerverkehr anzupassen und einen reibungslosen Begegnungsverkehr zu ermöglichen: Beispielsweise muss es möglich sein, dass auf einem Gehweg zwei Kinderwagen einander passieren können. Auch die stärkere **Begrünung** zur Verbesserung der Luftqualität und als Schattenspender in den Sommermonaten ist wichtig.

Verbesserte Zugänge zu Kinderspielplätzen, Kindergärten und Schulen

Die Verkehrssituation im Umfeld von Kinderspielplätzen und Kindertagesstätten sowie auf Schulwegen muss kritisch überprüft und wo erforderlich **korrigiert** werden. Zweigeteilte Ampelüberführungen (mit Stopp auf der Verkehrsinsel) in der Nähe von Spielplätzen (z.B. Abzweig Robert-Sommer-Straße/Schubertstraße) oder gar fehlende Straßenquerungshilfen (Spielplatz Bismarckstraße) sind **Gefahrenpunkte** und müssen als solche **entschärft** werden.

Parkende Fahrzeuge dürfen keine Zugangswege versperren. Radständer sollen abgestellte Fahrräder und Leihräder besser im Straßenbild anordnen, um den Zugang von Rollstühlen, Rollatoren oder Kinderwagen nicht zu erschweren oder völlig zu behindern. Das macht den Nahverkehr attraktiver und entlastet die Innenstadt.

Schule und Bildung

Die seit langem bewährte **Vielfalt der Schulformen** muss für die Bildungs- und Universitätsstadt Gießen erhalten bleiben und durch die Bevorzugung einzelner Schulen bei Baumaßnahmen stabilisiert werden. Außerdem dürfen bei der Ausstattung keine Ungleichheiten entstehen.
Die Stadt Gießen als Schulträger ist für den Erhalt der baulichen Substanz und das Bereitstellen der Ausstattung der Gießener Schulen zuständig. Damit alle Gießener Schulen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag in vollem Umfang gerecht werden können, muss sichergestellt sein, dass sie die dafür notwendigen **finanziellen Mittel** erhalten. **Notwendige Renovierungsarbeiten** und eine den **Erfordernissen des 21. Jahrhunderts entsprechende Ausstattung** dürfen nicht an der Verteilung der finanziellen Mittel scheitern.

Zur Verbesserung der Lernbedingungen müssen in den kommenden Jahren verstärkt und in erheblichem Umfang Haushaltsmittel für den Erhalt der Bausubstanz der Gießener Schulen eingesetzt werden. Bei allen Renovierungs- und Sanierungsarbeiten muss gewährleistet sein, dass alle Schulgebäude Gießens für **inklusiven Unterricht** und für **flexible Lernarrangements** ausgestattet sind.

Nachdem durch die Schulschließungen im Frühjahr 2020 deutlich wurde, wie wichtig eine **umfängliche digitale Ausstattung** der Schulen ist, müssen aber auch erhebliche Mittel in die digitale Ausstattung der Schulen fließen, um mediengestützten Unterricht nach aktuellen Vorgaben leisten zu können. Dabei gilt es, **keine Schule zurückzulassen**. Für uns als Freie Demokraten steht eine **bedarfsorientierte Verteilung der finanziellen Mittel** an oberster Stelle, um einen Wettbewerb der Schulen untereinander und beste Bildung auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Der Ausbau der räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für den **Ganztagsbetrieb** ist fortzuführen. Eine aktive Mithilfe von Eltern und Fördervereinen ist dabei durchaus wünschenswert; die Verantwortung für den Zustand der Schulen aber trägt die Stadt allein und muss dieser auch gerecht werden.

Gießener Schulstruktur

Wir setzen uns weiter für ein breites Angebot unterschiedlicher Schulformen ein, und werden diese **Vielfalt** bei der nächsten Fortschreibung des Schulentwicklungsplans erneut festschreiben. Über die Form einer Schule, ob sie als additive oder integrierte Gesamtschule arbeiten oder ein Gymnasium oder eine Haupt- und Realschule oder eine Mittelstufenschule sein will, entscheidet die Schulgemeinde in Abstimmung mit dem Schulträger. Dieser ist dann für die Festlegungen im Schulentwicklungsplan verantwortlich. Dem **Wunsch der Schulgemeinden** soll Rechnung getragen werden. Besonders der Schulentwicklungsplan für die gymnasialen Oberstufen und die beruflichen Schulen muss über zu kontrollierende Jahrgangsbreiten sicherstellen, dass die Vielfalt des Angebotes der Stadt erhalten bleibt.

Erhalt der Stadtteilschulen

Der Schulträger hat - in Absprache mit dem Staatlichen Schulamt - dafür Sorge zu tragen, dass die Stadtteilschulen in Gießen **in ihrem Bestand nicht gefährdet** werden. Dafür muss **Gießener Schülern garantiert** werden, die **Gießener Oberstufe ihrer Wahl besuchen zu können**. Nur durch eine solche Garantie kann erreicht werden, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler bereits zur 5. Klasse in die Innenstadtschulen strömen.

Grundschulen

Gerade jüngere Kinder brauchen den Kontakt zu ihrem Umfeld. Grundschulen müssen **wohnortnah** erhalten bleiben („Kurze Beine – kurze Wege“). Um dies zu gewährleisten, werden wir Raum- und Lehrangebot vorausschauend an die jeweilige Entwicklung der Schülerzahlen und Schulsituationen anpassen und begrüßen auch Modelle wie z.B. jahrgangsübergreifenden Unterricht. **Familienfreundliche Betreuungsangebote** an allen Gießener Grundschulen ermöglichen es Eltern, berufstätig zu bleiben und ihre Kinder gut und verantwortungsvoll betreut zu wissen. Gestattungsanträgen der Eltern ist insbesondere dann Rechnung zu tragen, wenn bei Genehmigung des Gestattungsantrages der Schulweg sich verkürzt oder die Überquerung einer Hauptverkehrsstraße vermieden werden kann.

Mittelstufen

Die Umwandlung der Alexander-von-Humboldt-Schule in eine Mittelstufenschule hat sich als richtiger Schritt erwiesen und gewährleistet, dass in Gießen kein

Schulstandort geschlossen wird. Wir Freien Demokraten wollen sicherstellen, dass auch zukünftig **keiner der vorhandenen Schulstandorte der Stadt Gießen geschlossen** werden muss. Dies kann nur wirklich gewährleistet werden, wenn Haupt- und Realschulen sowie berufliche Schulen und das örtliche Handwerk weiter zusammenarbeiten und die bestehenden Wege der Berufsorientierung ausbauen. Nur so kann es gelingen, einerseits Haupt- und Realschulabgängern eine faire Ausbildungschance zu eröffnen und andererseits den Nachwuchsbedarf des örtlichen Handwerks zu bedienen.

Oberstufen

Mit den unterschiedlichen Schwerpunkten bereichern die Oberstufen der allgemeinbildenden - und vor allem auch der beruflichen - Gymnasien unsere Schullandschaft und erweitern die Wahlmöglichkeiten der Eltern und ihrer Kinder. In den Oberstufen sind die **Jahrgangsbreiten im Schulentwicklungsplan festzuschreiben** und wie in der Mittelstufe einzuhalten. Nur so kann sichergestellt werden, dass aufgrund von zu geringen Jahrgangsbreiten die Möglichkeiten der Kurswahl an einzelnen Schulen nicht zu sehr eingeschränkt werden.

Berufliche Schulen

Berufliche Schulen sind unter anderem als ein Partner im dualen System der Berufsausbildung ein wichtiger Teil des deutschen Bildungssystems: ihrer Bedeutung muss durch eine **wirklich moderne Ausstattung** Rechnung getragen werden. Dies gilt für Räume für den Fachunterricht und den allgemeinbildenden Unterricht gleichermaßen. Bei der Ausstattung mit digitalen Medien müssen die beruflichen Schulen Priorität haben, denn die Absolventen dieser Schulen sind diejenigen, die als erste die digitalen Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt benötigen.

Im Rahmen der Diskussion der Fachklassenstandorte unterschiedlicher Ausbildungsberufe werden wir uns dafür einsetzen, dass eine große Vielfalt an schulischen Angeboten für duale Ausbildungen in Gießen erhalten bleibt. Wir Freien Demokraten sehen es in der Verantwortung des Schulträgers, Schulen, die sich als Standort für neue Berufe, neue Schulformen oder für Landes- und Bundesfachklassen bewerben, in diesem Verfahren umfänglich zu unterstützen.

Inklusive Schulen / Förderschulen

Zur Vielfalt der Schulformen in Gießen gehören auch Schulen, die es Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen ermöglichen, besonders gefördert zu werden. Inklusive Schulen sollen dort **weiter** – vor allem baulich – **ausgebaut** werden, wo ein solcher Bedarf besteht. Neben dem sukzessiven Ausbau eines inklusiven Angebots an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen werden wir die **Förderschulen beibehalten**. Wir sehen für diese Schulen trotz der vielen Aktivitäten zur Inklusion auch in Zukunft eine Notwendigkeit, um wirklich allen Schülerinnen und Schülern ein an ihren Bedürfnissen orientiertes Angebot machen zu können. Die Entscheidung über die Schulform muss sich dabei allein am Wohl der Schülerin und des Schülers orientieren. Eine **wohnortnahe** Schule ist gerade für Menschen mit Behinderungen wichtig; deshalb darf es keinen Schülertourismus zu Förderschulen geben.

Ganztagsschule nach Maß

Das gute **Ganztagsangebot** in Gießen ist **weiter auszubauen**. Dazu gehört neben der ganztägigen Betreuung der Kinder auch die Ausstattung mit **Bibliothekskräften** und **Sozialarbeiter/innen** durch den Schulträger. Dabei darf keine Schule benachteiligt werden. Staatliche Förderprogramme sind auszuschöpfen.

Privatschulen

Wir verstehen Schulen in privater Trägerschaft als eine **Bereicherung** der Schullandschaft in Gießen.

Flexible und offene Schulbauten

Bei anstehenden Neubauten, Umbauten oder Renovierungen von Schulen sollen Möglichkeiten geschaffen werden, **Schulräume flexibel und offen zu gestalten**. Eine Ausstattung aller Klassenräume mit **digitalen Medien** ist dabei **ein Muss**. Gerade diese Ausstattung muss sich **an den neuesten pädagogischen Erkenntnissen orientieren** und mit den Lehrkräften der Schulen abgestimmt sein. Daneben sind die Außenanlagen und Schulhöfe so zu gestalten und zu pflegen, dass sie für Schülerinnen und Schüler nicht nur in den Pausen attraktiv sind, sondern auch an Nachmittagen als **Spiel- und Sportraum** dienen. Die Schulhöfe sollen dabei nicht nur jugend-, sondern auch erwachsenengerecht ausgestattet werden. Sicherzustellen ist allerdings, dass **Schulhöfe nicht zu Drogenumschlagplätzen oder Alkoholtreffs werden**.

Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis an Gießener Schulen

Aufgrund der Vielfalt der Schulformen ist die Stadt Gießen auch für Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Gießen ein interessanter Lernort. Die Gießener Schulen sind offen für diese Schülerinnen und Schüler. Allerdings haben **Jugendliche aus der Stadt Gießen Vorrang** bei der Auswahl der Schule. An den sachlichen Kosten der Ausbildung der Kinder aus dem Kreis ist der Landkreis Gießen kostendeckend zu beteiligen.

Drogen- und Gewaltprävention an Schulen

Die Schulen als Spiegelbild unserer Gesellschaft bleiben von Gewalt und Drogenkriminalität nicht verschont. Viele Probleme von Jugendlichen, auch aus unterschiedlichen Herkunftsländern, werden hier offenbar. Die Schulsozialarbeit muss so ausgestaltet sein, dass eine **Anwesenheit von Sozialarbeit an allen Gießener Schulen** während der Unterrichtszeiten garantiert ist. Eine offene Zusammenarbeit zwischen Schulgemeinde, Stadt und Justiz ist geeignet, Probleme wirksam zu bekämpfen und um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Hierbei leisten die „Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen“ (AGGAS) und die Aktion „Schule machen ohne Gewalt“ (SMOG) wertvolle Arbeit und müssen diese auch weiterhin leisten. Insbesondere zur **Prävention von Gewalt** gegen und zwischen Kindern und Jugendlichen soll jedes Kind in Gießen während seiner Grundschulzeit ein **geschlechterübergreifendes Trainingsprogramm** absolvieren, das es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, in Problemsituationen eigenverantwortlich zu handeln.

Schulentwicklungsplanung

Alle Schulentwicklungspläne der Stadt müssen **regelmäßig fortgeschrieben** werden. Bei der Fortschreibung werden wir darauf achten, dass die **differenzierte** und **vielfältige Schullandschaft** in Gießen erhalten bleibt, **kein einziger Schulstandort geschlossen** wird und die erforderliche Abstimmung mit dem Landkreis Gießen stattfindet. Dabei darf nicht aus den Augen verloren werden, dass **Schulentwicklung auch Stadtteilentwicklung** ist. Ziel muss es sein, die Schulen noch stärker in die Stadtteile zu integrieren und für eine hohe Akzeptanz durch ein modernes Schulentwicklungsmanagement zu sorgen. Schulen mit Problemen dürfen nicht sich selbst überlassen werden. Unsere Stadt muss kompetenter Ansprechpartner sein und ggf. für eine bessere personelle Ausstattung in den Schulen sorgen. Nur so können sog. Brennpunkte gelöscht und verhindert werden.

EDV-Ausstattung und W-LAN

Gießens Schulen verfügen schon jetzt z.T. über eine gute EDV-Ausstattung. Viele Schulen sind ausgestattet mit digitalen Unterrichtsmitteln. Dieser Prozess ist **konsequent und beschleunigt fortzuführen**. Alle Schulen sind bis spätestens zum Ende des Jahres 2021 **mit W-LAN flächendeckend auszuleuchten**.
Über die ausgelobten Bundes- und Landesmittel sind so viele Schülerinnen und Schüler wie möglich mit **Geräten** auszustatten, die sich an den Bedürfnissen der Schule orientieren. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass diese Geräte von den Schülerinnen und Schülern **auch im häuslichen Umfeld** genutzt werden können. Dafür sind im Bedarfsfalle Datenvolumina vorzuhalten.
Über den Medienentwicklungsplan sind die Bedarfe der Schulen bezüglich der Ausstattung und der dafür notwendigen personellen Unterstützung klar formuliert worden. Dieser Plan muss umgesetzt werden und die für den technischen Support notwendigen Personen sind einzustellen. Alternativ sollte auch die Möglichkeit der Privatisierung dieser Dienstleistung ergebnisoffen geprüft werden.

Finanzielle Selbstständigkeit für selbstständige Schulen / Budgetierung

Schulleiter erhalten immer mehr Verantwortung für ihre Schule, sowohl im Personalbereich als auch bei der Verwaltung staatlicher Gelder. Diesem vom Land gewährten Vertrauen in die Kompetenz der Schulleiter sollte die Stadt Gießen nicht nachstehen. Vor allem bei der Verwaltung der den Schulen zugewiesenen Mittel ist den Schulleitungen **mehr Selbstständigkeit** zu gewähren und Handlungsfreiheit einzuräumen. Daneben sind die seit Jahren nicht angehobenen Haushaltsmittel der Schulen sowohl im Ergebnis- wie auch im Investitionshaushalt anzupassen, um den gestiegenen Bedarfen und Preisen gerecht zu werden. Eine deutliche Vereinfachung des **Bestellwesens** muss sicherstellen, dass die Schulen flexibler und zeitnaher agieren können, besonders wenn es um Anschaffungen im IT -Bereich geht.
Wir unterstützen ausdrücklich die Anstrengungen der Schulen, die das Angebot „Selbstständige Schule“ des Landes Hessen wahrnehmen.

Schülerbetreuung an Gießener Grundschulen

An allen Gießener Grundschulen bietet die Stadt Gießen als freiwillige Leistung Schülerbetreuung an, um Eltern eine Vereinbarkeit von Schule und Beruf zu ermöglichen. Wir stehen für den **weiteren Ausbau** dieser kommunalen Dienstleistung zu bezahlbaren Konditionen.

Volkshochschule

Die Gießener Volkshochschule leistet eine hervorragende Arbeit, insbesondere im Bereich der Integration. Dennoch ist es nur schwer zu vermitteln, warum Stadt und Landkreis Gießen zwei getrennte Volkshochschulen betreiben. Deshalb stehen wir Freien Demokraten weiter für eine **Zusammenlegung** der beiden Volkshochschulen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll zunächst eine intensive Zusammenarbeit beider Bildungseinrichtungen stattfinden, bei der beide Volkshochschulen wechselseitig Aufgaben der jeweils anderen Volkshochschule mit übernehmen. Dadurch kann bereits jetzt in beiden Volkshochschulen Personal eingespart werden.

Hochschulen

Die Stadt muss ihre Chancen als Hochschulstandort und Innovationsmotor der Region weiter festigen.
Während der Vorlesungszeit kommen täglich mehrere tausend Studierende nach Gießen. Das Angebot des **ÖPNV** muss unter Berücksichtigung der Hochschuleinrichtungen weiter **verbessert** werden. Stadt und Hochschulen müssen ein gemeinsames Konzept erarbeiten, inwieweit der erforderliche **Parkraum** unter Berücksichtigung der Interessen der Studierenden, der Bediensteten und der Anwohner weiterhin **kostenfrei** sichergestellt werden kann und nicht noch weiter eingeschränkt werden muss.
Die **Taktung der Bus- und Bahnverbindungen** innerhalb Gießens ist im Hinblick auf die Belange der Hochschulen zu überprüfen und dabei die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn und dem RMV zu suchen. Wo nötig, sind Anpassungen – insbesondere die **Angleichung der Bustaktungen an Veranstaltungszeiten und Bibliotheksöffnungszeiten** – vorzunehmen. Nur so kann erreicht werden, dass der Verkehr zwischen den Hochschuleinrichtungen stärker auf den öffentlichen Nahverkehr verlegt wird. Die Vertreter der Stadt Gießen müssen im Aufsichtsrat des RMV auch die Interessen der Studierenden vertreten. Die Stadt Gießen muss nach unserer Meinung den Fortbestand und die Weiterentwicklung des Semestertickets aktiv unterstützen.
Der Ausbau der Hochschulen – insbesondere der JLU und der THM – ist zu begrüßen, um Gießen nachhaltig als starken Hochschulstandort zu erhalten. Weiterhin soll sich die Stadt für eine stärkere Verbindung von Hochschulen und heimischen Unternehmen engagieren.

Rathaus 2.0 – digital, schlank & effizient

Die Gießener Stadtverwaltung ist dank des neuen Rathausgebäudes effizienter geworden, doch darf jetzt nicht aufgehört werden, Arbeitsabläufe effektiver und kostensparender zu gestalten. In den letzten Jahren sind mit der Bevölkerungsanzahl unserer Stadt auch die Fallzahlen von u.a. Servicedienstleistungen innerhalb der städtischen Ämter gewachsen. Dies und die angeblich durch die Digitalisierung zu erwartenden Mehraufgaben wurden in den vergangenen Jahren immer wieder als Begründung für die Schaffung zahlreicher neuer

Stellen innerhalb der Stadtverwaltung angeführt. Dabei steht allerdings der Anstieg der Bevölkerungszahlen und die Anzahl der neu geschaffenen Stellen in keinem vertretbaren Verhältnis zueinander. Inzwischen platzt das Rathausgebäude buchstäblich aus allen Nähten, Büros werden doppelt besetzt und nun soll mit einem gemieteten Neubau auf dem „Blecher-Gelände“ für 815.000 Euro jährlich noch eine zusätzliche Außenstelle geschaffen werden.

Wir Freie Demokraten möchten eine Verwaltung, die (auch personell) im Stande ist, ihre Aufgaben problemlos zu bewältigen und als Servicedienstleister für die Bürgerinnen und Bürger agiert. Aber der verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern erfordert auch, die Verwaltung möglichst effizient und schlank zu halten, damit Mittel für Investitionen in die Zukunft und zum Abbau der Verschuldung vorhanden bleiben. Insbesondere hier bietet die Digitalisierung große Chancen, Ressourcen zu schonen, Vorgänge zu digitalisieren und Abläufe zu automatisieren. Eine gelungene Digitalisierung reduziert den Personalbedarf und bläht diesen nicht zusätzlich auf. Hier scheint es ein grundlegendes Missverständnis der Stadtregierungen der letzten 10 Jahre zu geben. Die bis heute verschleppten Versäumnisse im Bereich der Digitalisierung wurden uns allen insbesondere durch die Corona-Pandemie vor Augen geführt und sind nicht mehr zu rechtfertigen. Gießen hat längst den digitalen Anschluss verloren und es wird Zeit, dass sich dies im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung selbst ändert.

Internationale Hochschulen, internationale Verwaltung

Die Verwaltung einer Kommune ist ein Thema, welches früher oder später jeden Bürger betrifft. Daher ist entscheidend, dass die Durchführung von Verwaltungsangelegenheiten für alle Bürgerinnen und Bürger möglichst leicht und ohne größere Hürden möglich ist. Gießen ist eine internationale Stadt. Auch aufgrund einer steigenden Zahl an internationalen Studierenden bedarf es einer serviceorientierten Verwaltung. Behördengänge sollten nicht durch sprachliche Barrieren erschwert werden. Aus diesem Grund fordern wir, Englisch als Servicesprache einzuführen und weitere Sprachkenntnisse der Behörden-Mitarbeiter durch entsprechende Beschilderung deutlich zu machen. Dies könnte durch Namensschilder mit Fahnen der jeweiligen Landessprachen angezeigt werden.

Außerdem sollten die wichtigsten Anträge und Formulare für Einwanderer und Studierende auf Englisch oder weiteren Sprachen wie Türkisch, Russisch, Chinesisch usw. bereitgestellt werden.

E-Government

Während die Gießener Bürger längst im 21. Jhd. angekommen sind, erweckt die Gießener Verwaltung den Eindruck, dass sie im 20 Jhd. steckengeblieben ist.

Um Gießen fit für die Zukunft zu machen, wollen wir Freien Demokraten, dass die Bürger sämtliche Behördengänge online erledigen können. Um Missbrauch vorzubeugen, soll die Verifizierung durch den E-Personalausweis erfolgen. Hierbei dürfen bislang analoge Verfahren allerdings nicht bloß online gestellt werden, sondern es bedarf vielmehr einer prozessoptimierenden, flächendeckenden Digitalstrategie für die städtische Verwaltung. Ziel muss es sein, dass zum einen innerhalb der Verwaltung digital gearbeitet wird, aber auch, dass es jeder Bürgerin und jedem Bürger möglich ist, seine Behördengänge unkompliziert online erledigen zu können.

Online-Terminbuchung & Videoberatung

Über die Möglichkeit Behördengänge vollständig online erledigen zu können hinaus sollen alle persönlichen Termine bei allen Ämtern online gebucht werden können, um lange Wartezeiten zu verkürzen und den Verwaltungen Planungssicherheit zu geben sowie den gesamten Verwaltungsablauf zu beschleunigen. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass soweit ein persönliches Erscheinen nicht zwingend erforderlich ist, der jeweilige Termin auch im Rahmen eines Online-Video-Chats erfolgen kann. Auch dabei ist eine Verifizierung über den Online-Personalausweis oder aber auch durch Vorhalten des regulären Ausweisdokumentes möglich. Insgesamt soll dadurch der Publikumsverkehr innerhalb des Rathauses auf die (aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger) notwendigen Termine beschränkt werden.

Internetauftritt der Stadt Gießen

Die Stadt Gießen hat inzwischen einen grundsätzlich akzeptablen Internetauftritt. Wir fordern diesen parallel zur Gießen App weiterzuentwickeln. So soll auch hier ein interner Bereich für alle Gießenerinnen und Gießener implementiert werden, wo bspw. die Instrumente zur Bürgerbeteiligung (vgl. Kapitel Bürger- und Jugendbeteiligung) zu finden sind. Im Aufbau soll dieser Bereich und jener innerhalb der Gießen App möglichst ähnlich strukturiert werden. Weiterhin soll eine Portallösung realisiert werden, die die beiden Auftritte von Stadt und Gießen Marketing zusammenfügt und die differenzierte Darstellung von Ämtern und Unternehmen ermöglicht. Ein benutzerfreundlicher Internetauftritt soll den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung selbst dienen und einen direkten Zugang zu allen Ämtern ermöglichen. Die Nutzung der überwiegend kostenlosen sozialen Medien soll durch die Stadt forciert werden.

In Gießen finden sehr viele Veranstaltungen statt, leider oft zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten. Es mangelt an Koordination. Zur terminlichen Abstimmung wollen wir bei der Gießen Marketing GmbH und damit im neugeschaffenen gemeinsamen Portal einen Veranstaltungskalender vorhalten, in dem nicht nur alle städtischen Veranstaltungen eingetragen werden, sondern sich auch alle privaten (insb. Vereine) und kommerziellen Veranstalter eintragen können (interaktive Nutzung). Auf diese Weise genügt ein Blick in diesen Veranstaltungskalender, um „Veranstaltungsschwerpunkte“ zu erkennen und zu vermeiden. Ein solcher Veranstaltungskalender wäre zudem ein verlässliches Planungsinstrument für alle Freizeitaktivitäten. Auch dieser soll öffentlich innerhalb der Gießen App zu finden sein, um die dort bereits vorhandenen Veranstaltungshinweise zu ergänzen.

Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Jede städtische Aufgabe gehört auf den Prüfstand, ob sie heute noch von der öffentlichen Hand erfüllt werden muss. Die Vergabe öffentlicher Aufgaben an Dritte ist in allen Bereichen ebenso vorbehaltlos zu prüfen, wie die Einbeziehung Privater zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Die bis heute erfolgten Privatisierungen sollen grundsätzlich beibehalten werden. Die Erweiterung des wirtschaftlichen Engagements der Kommune muss kritisch geprüft werden. Wirtschaftsunternehmen der Stadt sind daraufhin zu überprüfen, ob sie ganz oder teilweise in alleiniger öffentlicher Hand bleiben müssen.

Bürger- und Jugendbeteiligung

Kein Politikbereich betrifft die Bürger so unmittelbar wie die Kommunalpolitik. Umso wichtiger ist, dass es für alle geeignete Partizipationsmöglichkeiten gibt. Die Bürgerbeteiligungssatzung der Stadt Gießen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass die darin festgelegten Mitwirkungsmöglichkeiten bislang nur von wenigen Gruppen und Einzelpersonen genutzt werden. Dennoch begrüßen wir ausdrücklich die beabsichtigte Bürgerbeteiligung und fordern ihre Weiterentwicklung im politischen Handeln, beispielsweise durch die Nutzung der Chancen, die die Digitalisierung bietet. Für uns ist Bürgerbeteiligung keine Floskel, sondern sie muss gelebt werden.

Livestream der Stadtverordnetenversammlung

Bürgerbeteiligung erfordert Transparenz. Nur wenn sich die Bürger ausreichend und einfach informieren können, können sie vernünftige Entscheidungen treffen. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger die Sitzungen der Stadtverordneten aufgrund der geltenden Hygieneregeln oder aus Besorgnis um ihre Gesundheit nicht vor Ort verfolgt haben. Auch deshalb fordern wir seit Jahren und so auch weiterhin, unverzüglich einen **Online-Livestream der Stadtverordnetensitzungen** der Stadt Gießen einzuführen. Dieser ermöglicht es jedermann, einfach und unkompliziert die aktuellen kommunalpolitischen Debatten zu verfolgen. Die mit den Persönlichkeitsrechten der Stadtverordneten begründete wiederholte Ablehnung eines solchen Mittels können wir nicht nachvollziehen.
Wir sind der Überzeugung, dass die Personen, die für ein öffentliches Amt kandidieren und in öffentlichen Sitzungen als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Gießener Bevölkerung auftreten, auch akzeptieren müssen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Redebeiträge und Abstimmungen möglichst einfach und barrierefrei verfolgen können. Für Personen in öffentlichen Ämtern in öffentlichen Sitzungen müssen für die Persönlichkeitsrechte andere Maßstäbe gelten als für den „normalen" Bürger.

Bürgerbeteiligung 2.0 – Barrierefrei und digital

Bürgerbeteiligung muss einfacher und barrierefreier werden, damit möglichst alle Gießenerinnen und Gießener partizipieren können. Die aktuellen Formerfordernisse der Bürgerbeteiligungssatzung und das aufwändige Verfahren für Anfragen sind antiquiert. Wie in so vielen Bereichen der städtischen Verwaltung ist auch hierbei in Sachen Digitalisierung bislang zu wenig passiert. Dies muss sich ändern! Wir fordern daher, die Instrumente zur **Bürgerbeteiligung** weiter zu digitalisieren. Als Plattform soll dabei die „Gießen App“ dienen, sodass künftig Bürgerbeteiligung auch bequem mit dem Smartphone möglich sein wird. Ebenfalls in die „Gießen App“ soll der städtische **Mängelmelder** integriert werden, durch den Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum beobachtete Mängel aller Art (Schmierereien, Verschmutzung, Müll etc.) melden können und im Nachgang über deren Beseitigung beispielsweise durch Push-Nachricht informiert werden. Darüber hinaus soll analog zum Mängelmelder eine weitere im Vergleich zu den Instrumenten der Bürgerbeteiligungssatzung niedrigschwelligere Form der Bürgerbeteiligung implementiert werden: Künftig soll es den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur möglich sein, Mängel der öffentlichen Ordnung zu melden, sondern auch

Verbesserungsvorschläge und Ideen für die Stadtgestaltung einzubringen und auch die Ideen anderer positiv zu bewerten, um ihnen ein besonderes Gewicht zu verleihen. Darüber hinaus müssen auch die Rahmenbedingungen für Bürgerentscheide als das direkteste Mittel der Bürgerbeteiligung geschaffen werden. Diese sollen ebenfalls online (und soweit nicht anders möglich analog) durchgeführt werden, um Kosten zu sparen und Partizipation zu erleichtern. Auch hierbei ist es erforderlich, dass künftig jede Gießenerin und jeder Gießener ab 14 Jahren entsprechende Zugangsdaten erhält, die sicherstellen, dass sich daran nur Bürgerinnen und Bürger der Stadt beteiligen können.

Ein Update für die Gießen App – „Rathaus To-Go“

Auch mit Blick auf die vorstehenden Ausführungen bedarf die Gießen App eines größeren Updates, insbesondere auch zur Einrichtung eines durch Log-In geschützten **„internen Bereichs“** für die Gießenerinnen und Gießener, wo sie die oben angeführten Instrumente der Bürgerbeteiligung finden können. Weiterhin soll mit der App verstärkt **über das politische Geschehen in der Stadt informiert werden**. Die Möglichkeiten zur Nutzung des **„Digitalen Rathauses“** sind ebenfalls in die App zu implementieren. Künftig soll es daher möglich sein, dass jede Gießenerin und jeder Gießener, insbesondere auch die Neubürgerinnen und -bürger unserer Stadt, einfach und übersichtlich über die Gießen App alle wichtigen Informationen rund um das Stadtgeschehen erhalten können. **Die Notwendigkeit des physischen Besuches im Rathaus soll daher die Ausnahme sein.** Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Studierendenzahl in Gießen soll auch die Zusammenarbeit mit den Gießener Hochschulen intensiviert werden, sodass über die Gießen App auch möglichst einfach auf die **Angebote der Hochschulen** (interne Bereiche, Speisepläne, Bibliotheksöffnungszeiten, Bücherausleihe, Fahrradausleihe etc.) zugegriffen werden kann. Dies soll sich nicht nur auf eine bloße Verlinkung zu den Homepages der Hochschulen beschränken, sondern vielmehr muss es das Ziel sein, dass die App möglichst viele Angebote innerhalb der Stadt zusammenfasst und daher einen echten Mehrwert liefert. Um die Gießen App weiter bekannt zu machen, soll durch die Stadt auch verstärkt auf ihre Existenz und ihren Mehrwert im Rahmen des Marketings hingewiesen werden.

Kinder- und Jugendparlament – „Mehr Demokratie wagen!“

Ebenso wie die Weigerung der Regierungskoalitionen der letzten 10 Jahre gegen die Einführung eines Livestreams bleibt uns Freien Demokraten auch die Ablehnung eines Kinder- und Jugendparlaments völlig unverständlich. Insbesondere das Programm „Jugend im Rathaus“ kann hierfür kein Ersatz sein. Wir möchten nicht, dass sich Jugend**beteiligung** darauf beschränkt, Jugendliche durch das Rathaus zu führen und sie Fragen an die Kommunalpolitikerinnen und -politiker stellen zu lassen, sondern wir möchten sie – buchstäblich – beteiligen. Daher setzen wir uns dafür ein, in Gießen die von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Jugendbeteiligung durch ein **Kinder- und Jugendparlament** nach Vorbild des Vogelsbergkreises zu ermöglichen. Hierzu sollen alle Kinder und Jugendlichen ab dem Alter von 12 Jahren in einem Turnus von 2 Jahren aufgerufen werden, sich aktiv oder passiv an der Wahl einer eigenen Interessenvertretung zu beteiligen. Das hieraus entstehende Kinder- und Jugendparlament soll durch den Magistrat der Stadt Gießen aktiv bei seiner Arbeit unterstützt werden. Darüber hinaus soll einem durch das Kinder- und Jugendparlament gewählten Vertreter oder einer Vertreterin Rederecht sowie dem Parlament als Gremium Antragsrecht im Rahmen der Sitzungen der

Stadtverordnetenversammlung verliehen werden, sodass zwischen dem Kinder- und Jugendparlament und dem Gießener Stadtparlament eine unmittelbare Schnittstelle entsteht. Hierdurch werden bereits früh demokratische Prinzipien vermittelt und den Kindern und Jugendlichen eine Einflussmöglichkeit auf die Politik ihrer Stadt eingeräumt.

Planspiel „Politik hautnah“

Ergänzend zum Kinder- und Jugendparlament soll einmal im Jahr ein Planspiel „Politik hautnah“ im Stadtverordnetensitzungssaal mit Jugendlichen der Jahrgangsstufe 9 stattfinden. In dessen Rahmen soll mit den Teilnehmern an einem Samstag die **Arbeit im Parlament simuliert** werden. Per Zufall in unterschiedliche Fraktionen aufgeteilt, bietet sich so die Möglichkeit, den Politikbetrieb kennenzulernen, die Kinder und Jugendlichen für politische Partizipation zu begeistern und dem politischen Bildungsauftrag nachzukommen. In diesem Kontext soll auch auf das Kinder- und Jugendparlament hingewiesen werden, um das Interesse hieran zu wecken. Organisation und Durchführung sollen in enger Abstimmung mit dem Kinder- und Jugendparlament erfolgen, idealerweise mit Unterstützung durch das Stadtverordnetenbüro.

Sport

Keine Gesellschaft kann auf die Arbeit von Sportvereinen verzichten. Die ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen trägt wesentlich zu der Gesunderhaltung der Bevölkerung und zur Integration aller gesellschaftlichen Gruppen bei. Sie verdient deshalb die ausdrückliche Unterstützung von uns Freien Demokraten.
Deshalb sollen unter Berücksichtigung der vielfältigen positiven Leistungen der Sportvereine und des Gießener Anspruchs, eine Sportstadt zu sein, die Ausgaben für Sportförderung in Zukunft auf mindestens 1% der Gesamthaushaltssumme angehoben werden.
Auch darf die Arbeit der Sportvereine nicht durch unnötige bürokratische Regularien erschwert werden.
Der Förderung des Jugendsports soll auch in Zukunft eine besondere Bedeutung beigemessen werden.

Sportanlagen

Die städtischen Sportanlagen sind weiterhin den Sportvereinen **kostenfrei** zur Verfügung zu stellen. Dabei sind bestehende **bürokratische Hemmnisse** bei der Nutzung städtischer Sportanlagen durch Vereine, z.B. in Ferienzeiten, **abzubauen**. Eigeninitiativen der Vereine zur Erhaltung und Schaffung ihrer Sportanlagen werden vorrangig gefördert. Bei Instandsetzungsmaßnahmen von Sportplätzen sind dabei **Folgekosten** angemessen zu **berücksichtigen**. Die städtischen Sportanlagen werden gemäß der Prioritätenliste für den kommunalen Sportstättenbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten saniert. Auch der **vereinseigene Sportstättenbau soll gemäß der Prioritätenliste gefördert werden**. Dabei soll die städtische Sportförderung als Anteil der sogenannten Drittel-Finanzierung durch Verein, Stadt und Land **in der Regel 30%** betragen.

Der **Sportplatz in Lützellinden** soll **erhalten** und den interessierten Sportvereinen als Trainingsstätte **kostenfrei** zur Verfügung gestellt werden.

Freibäder in Lützellinden und Kleinlinden müssen erhalten und attraktiver werden

Die Stadtwerke Gießen (SWG) als Träger der städtischen Badebetriebe haben sich in 2019 durch eine Kürzung der ohnehin schon knappen Öffnungszeiten und in 2020 durch eine komplette Schließung der Freibäder in Lützellinden und Kleinlinden den berechtigten Zorn der dortigen Bevölkerung zugezogen; es wird eine dauerhafte Schließung befürchtet.
Anstatt weiter dürre Lippenbekenntnisse zum Erhalt dieser für Jung und Alt enorm wichtigen Freibäder abzugeben, sollten die SWG nach Auffassung der Freien Demokraten das von der Landesregierung aufgelegte Programm „SWIM“ dazu nutzen, die **Freibäder in Lützellinden und Kleinlinden attraktiver und zukunftssicher** zu machen.

Kunstrasenplätze aus wirtschaftlichen und sportlichen Gründen schützen

Über den Kunstrasenplätzen in Gießen schwebt das Damoklesschwert eines von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) für 2022 ohne Übergangsregelung angestrebten EU-weiten Verbotes von Kunstrasengummigranulat.
Der finanzielle Aufwand für die von Stadt, Land, Vereinen und Landessportbund Hessen finanzierten Gießener Kunstrasenplätze betrug in der Regel zwischen 500.000 und 1 Million Euro. Diese enormen finanziellen Anstrengungen von Steuerzahlern und Sportvereinen würden durch ein Verbot ohne Übergangsregelung oder Bestandsschutz zunichtegemacht, da bis 2022 noch für viele Jahre nicht abgeschriebene Anlagen weder von Kommunen noch von Vereinen ersetzt werden können.
Gleichzeitig stünde insbesondere auch der Jugendspielbetrieb vor dem Aus, sollten Plätze kurzfristig nicht mehr nutzbar sein.
Deshalb ist es dringend geboten, dass Bundes- und Landesregierung von den Kommunen und ihren Spitzenverbänden dazu angetrieben werden, ihren **Einfluss in den Gremien der EU so geltend zu machen, dass eine für Sport und Umwelt verträgliche Lösung erzielt wird.**

Schulsporthallen zügig sanieren und ausbauen

Die Doppelturnhalle in Gießen ist seit Anfang 2019 aus statischen Gründen gesperrt. Das ist für die Liebigschule als Partnerschule des Leistungssports und regionales Talentzentrum eine Katastrophe. Auch Sportvereine und andere Schulen sind durch den offenbar gewordenen **Mangel an Hallenkapazitäten** in ihrer Arbeit massiv beeinträchtigt. In Gießen fehlen aktuell mindestens drei Dreifelderhallen.
Aus Sicht von uns Freien Demokraten ist es daher äußerst wichtig, dass die **Doppelturnhalle so schnell wie möglich saniert bzw. erneuert und dabei durch einen doppelgeschossigen Ausbau in ihrer Kapazität verdoppelt wird**.
Darüber hinaus soll im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms, das im Zuge der Corona-Pandemie zu erwarten ist, endlich der eklatante Mangel an Hallenkapazitäten für den Schulsport und die sporttreibenden Vereine behoben werden. Dabei soll als Erstes die seit Jahren von uns Freien Demokraten geforderte **Schulsporthalle für die beruflichen Schulen** in der Innenstadt realisiert werden.

Täglichen Sportunterricht an Grundschulen ermöglichen

Wir Freien Demokraten Gießen werden interessierte Gießener Grundschulen, die sachlich und fachlich in der Lage sind, täglichen Sportunterricht einzuführen, in ihrem Anliegen unterstützen.

Sportentwicklungsplanung

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, der veränderten Struktur des Sportangebots und der Haushaltslage der Kommunen soll die Stadt Gießen in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Gießen, den Kommunen des Landkreises, den Hochschulen und dem Sportkreis Gießen eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte **Sportentwicklungsplanung initiieren**. Dadurch soll nicht nur eine bedarfsgerechte Versorgung mit Sportstätten und die Optimierung vorhandener Einrichtungen erreicht, sondern auch geprüft werden, ob bei einer solchen interkommunalen Zusammenarbeit Förderzuschüsse des Landes beantragt werden können.

Private Sport-Events unterstützen

Den Sporttreibenden muss es auch in Zukunft – unter Berücksichtigung angemessener Umweltauflagen – möglich sein, die Natur für sportliche Zwecke zu nutzen, wie z.B. die Lahn bei der traditionellen Pfingstregatta. Wir Freien Demokraten begrüßen **privat organisierte Sportveranstaltungen** wie Run'n'Roll for Help, Tuesday-Night-Skating, Drachenbootrennen oder das Radrennen rund um das Stadttheater. Die Stadt wird aufgefordert, auch künftig – soweit möglich – geeignete Flächen hierfür zur Verfügung zu stellen.

Spitzensport

Wir Freien Demokraten setzen uns weiterhin für die Belange des Spitzensports in Gießen ein; das gilt sowohl für Vereine wie für Individualsportler. Der von einer großen Fangemeinde, Gesellschaftern und Sponsoren getragene Gießener Bundesliga-Basketball ist eine der wenigen Möglichkeiten für die Stadt Gießen, auch überregional positiv wahrgenommen zu werden. Die Schaffung besserer **Voraussetzungen für die Heimspiele der „Gießen 46ers“** ist deshalb eine Aufgabe, der sich die Stadt Gießen intensiv widmen muss. Inzwischen ist es höchste Zeit, entweder die **Sporthalle Gießen-Ost massiv zu ertüchtigen und in der Kapazität zu erweitern**, **oder** endlich die Errichtung einer ausreichend großen **Multifunktionsarena** in Angriff zu nehmen, die der Stadt auch über den Sport hinaus im Standortwettbewerb den dringend notwendigen Auftrieb geben kann.
In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen von Vereinen, Verbänden und des Sportkreises Gießen zur Errichtung eines Nachwuchsleistungszentrums zu unterstützen.

Jugendaustausch

Konkrete Projekte wie beispielsweise internationale Jugendaustausche mit Sportlern aus den Partnerstädten Gießens werden von uns Freien Demokraten unterstützt.

Werbemöglichkeiten für Sportvereine

Die Gießener Sportvereine sind bei der Durchführung ihrer Veranstaltungen durch Aufstellungsschilder, öffentliche Aushänge sowie durch Veröffentlichungen im

Veranstaltungskalender und Internet ebenso zu unterstützen wie indirekt über die finanzielle Unterstützung für die Geschäftsstelle des Sportkreises Gießen und durch die Vermittlung von potenziellen Sponsoren und Trainern im Jugendbereich.

Senioren

Der demographische Wandel bleibt ein Zukunftsthema für die gesellschaftliche Entwicklung. Hier muss die Stadt Gießen Mittel und Wege finden, eine **lebenswerte Stadt für alle Altersgruppen** zu bleiben.
Wir wenden uns gegen eine Rundum-Versorgung der Menschen durch soziale Institutionen und einen damit einhergehenden faktischen Entmündigungsprozess. Ältere Menschen leisten in dieser Gesellschaft noch viel. Sie aus dem gesellschaftlichen Leben auszugrenzen, hieße auf mannigfache Fähigkeiten und Erfahrungen zu verzichten. Jüngere Menschen können von den Erfahrungen der Senioren profitieren, so wie Senioren vom Elan und von neuen Ideen der Jungen. Viele ältere Mitbürger wollen ein **Miteinander aller Generationen**.
Politik muss dazu beitragen, den Dialog der Generationen zu fördern und auszubauen, damit die Erfahrungen älterer Menschen nicht verloren gehen. Nur so kann die Trennung der Gesellschaft in Gruppen vermindert und gegenseitige Hilfe auf Dauer gesichert werden.
Wir Freien Demokraten verschließen nicht die Augen vor den unvermeidbaren altersbedingten Einschränkungen, setzen aber vor die Heim-Versorgung die Hilfe zur möglichst langen Selbständigkeit.

Altenhilfeplanung

Alle kommunalen Planungen, wie z.B. Weiterentwicklung des ÖPNV, Bebauungsplanung, Gesundheitsversorgung etc., müssen die veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten mit einem zunehmenden Anteil älterer Menschen berücksichtigen.
Angesichts veränderter Familienstrukturen muss die Seniorenpolitik **flexible, bedarfsorientierte Projekte der ambulanten und stationären Pflege** anbieten sowie **alternative Betreuungsangebote** entwickeln. Der **Altenhilfeplan** für die Stadt Gießen muss deshalb auch in Zukunft laufend **fortgeschrieben** werden. Er muss die demographische Entwicklung berücksichtigen und für alle Handelnden im heimischen Raum Impulse setzen.
Gießen verfügt über eine Vielzahl von **Angeboten** für Senioren, die jedoch **transparenter zu bündeln** sind. Die *BeKo (Beratungs– und Koordinierungsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen in der Stadt und im Landkreis Gießen)* hat sich als zentrale Anlaufstelle für Ältere, körperlich, psychisch und geistig Beeinträchtigte sowie deren Angehörige etabliert, muss aber auch durch verstärkte Nutzung ehrenamtlichen Potenzials ihr Angebot verbessern. Sie sollte über alle Aktivitäten staatlicher und privater Institutionen informieren können.

Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ermöglichen

Gerade Seniorinnen und Senioren sind zur Teilhabe am öffentlichen Leben auf Barrierefreiheit in allen Bereichen der Öffentlichkeit angewiesen; **wo sie noch fehlt, muss sie geschaffen werden.** Dies betrifft die unmittelbare Umgebung von Alten- und Pflegeheimen, die Fußgängerzonen, die öffentlichen Verkehrswege mit Straßen, Gehwegen und Kreuzungen, den Botanischen Garten, die Stadtverwaltung und auch Friedhöfe, Museen und das Stadttheater.

Seniorenwegweiser

Der Seniorenwegweiser der Stadt Gießen enthält sehr viele nützliche Hinweise für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Allerdings ist eine **regelmäßige Aktualisierung** dringend erforderlich.

Bildungsangebote für Senioren

Neben dem bewährten Angebot der Seniorenuniversität soll sich die Stadt bemühen, spezielle Angebote anderer Einrichtungen wie etwa der Technischen Hochschule Mittelhessen und der Vereine, anzuregen. Gleichzeitig soll das **Wissen der Senioren** auch zum **gemeinsamen Lernen** der Generationen genutzt werden.

Wohnen für Senioren

Altengerechtes Wohnen ist für ältere Bürger ein unverzichtbares Thema, denn mit zunehmendem Alter ist oftmals auch bei noch aktiven Senioren die Mobilität eingeschränkt. Sie wollen in vertrauter Umgebung wohnen, selbständig leben und solange wie möglich unabhängig bleiben.
Die Stadt soll mit allen Trägern des sozialen Wohnungsbaus und soweit möglich mit privaten Bauherren **Zielvereinbarungen** treffen, um **barrierefreies Wohnen** zu fördern. Projekte, bei denen **Studierende kostenfrei bei Seniorinnen und Senioren wohnen können und diese im Gegenzug bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützen**, sind zu fördern.

Stationäre Pflege und Tageseinrichtungen

Wir Freien Demokraten möchten, dass gerade ältere Menschen **so lange wie möglich in ihren Wohnungen und bei ihren Familien leben können**. Wo dies nicht mehr möglich ist, muss eine **qualifizierte stationäre Betreuung** gesichert sein. Hier unterstützen wir das Engagement aller Träger. Familien, die bedürftige Angehörige pflegen, müssen entlastet werden. Einrichtungen der Tagespflege können hier Abhilfe schaffen.

Seniorensport

Sportliche Aktivitäten und körperliche Fitness sind aus unserer Sicht kein Privileg der Jungen. Gerade im fortgeschrittenen Alter leistet der Sport einen großen Beitrag zur Erhaltung von Gesundheit und Lebensfreude. **Spezielle Angebote der Vereine sind daher zu fördern**, u.a. durch Bereitstellen geeigneter Übungsräume. Mit Blick auf den demographischen Wandel sollen in geeigneten Wohngebieten vorhandene Kinderspielplätze zu Mehrgenerationenplätzen erweitert werden.

Integration, Inklusion, Familie und Soziales

Gießens Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur bringen erhebliche soziale Lasten für die Stadt mit sich. Sozialpolitische Maßnahmen allein können diese Situation nicht ändern. Eine grundlegende Verbesserung der Sozialstruktur in Gießen kann nur durch eine **bessere Wirtschaftsstruktur** erreicht werden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss sich unser soziales Netz bewähren. Dabei streben wir eine möglichst effiziente Erbringung sozialer Leistungen an. Dies kann nur durch eine enge Zusammenarbeit der Stadt mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen sozialen Initiativen erreicht werden. Ziel unserer Sozialpolitik bleibt dabei die **Hilfe zur Selbsthilfe**.

Die **Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft**. In Anbetracht der demographischen Entwicklung müssen deshalb in Gießen weiterhin **Anreize für die Gründung und Ansiedlung junger Familien** geschaffen werden. Neben den "traditionellen" Erziehungsaufgaben muss sich die Familie immer mehr der Konfliktbewältigung stellen. Gewalt, Drogenmissbrauch und Kriminalität sind Probleme, die die Familien oft nicht allein bewältigen können; sie bedürfen hierzu unserer angemessenen Hilfe. Der **Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren** ist dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Kinder und Jugendliche brauchen außerdem unsere Unterstützung bei der Gestaltung ihrer Freizeit und ihres Umfeldes, damit sie Konfliktsituationen bewältigen lernen und Eigeninitiative sowie Verantwortungsbewusstsein entwickeln.

Gebührenfreies Kindergartenjahr

Die vom letzten Magistrat veranlasste Neuauflage der Gebührenstaffel führte einerseits zu einer generellen Gebührenerhöhung und andererseits zu einer Gebührenpflicht des bisher beitragsfreien letzten Kindergartenjahres. Es handelt sich um einen sozialpolitischen Skandal ersten Ranges, den wir entschieden ablehnen. Wir möchten Wissensdurst und Aufnahmebereitschaft der Kinder vor der Schulzeit nutzen und fördern. Als erster Schritt steht dabei die **Rückkehr zum bisherigen beitragsfreien Jahr**. Darüber hinaus dürfen weitergehende Entlastungen keinen Denkverboten unterliegen, sondern müssen geprüft werden. Damit kann für alle Gießener Kinder eine verbesserte Chancengleichheit am Beginn des Bildungsweges erreicht werden.

Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung

Die Betreuungsmöglichkeiten in Gießener Kindertagesstätten sind durch zusätzliche Plätze für unter dreijährige Kinder und für Grundschulkinder bis zum 6. Schuljahr ausgebaut worden und werden weiter ausgebaut. In manchen Stadtteilen sind die KiTa-Kapazitäten (insbesondere die U3-Betreuung) bereits ausgeschöpft. Wir werden daher den **weiteren Ausbau eines breiten Angebotes von kommunalen und freien Kindertageseinrichtungen** vorantreiben. Eventuell notwendige zusätzliche Finanzmittel muss das Land Hessen im Rahmen der erlassenen Bundesgesetze der Universitätsstadt Gießen entsprechend des nachgewiesenen Bedarfs zuweisen. Das qualitativ hochwertige Niveau der Betreuungseinrichtungen ist durch die Möglichkeit zur Teilnahme an entsprechenden **Fortbildungs- und Spezialisierungsmaßnahmen** sowie durch eine **ausreichende personelle**

Ausstattung sicherzustellen. Die Verbesserung der vorschulischen Bildung wird von uns auch im Hinblick auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund als zwingend notwendig angesehen. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll der Weg der Modularisierung und Flexibilisierung der Angebote in Kindertagesstätten weitergegangen werden. Die **Öffnungszeiten** der Kindergärten müssen **an die Lebenswirklichkeit der Menschen angepasst** werden. Ziel muss es sein, Familie und Beruf vereinbaren zu können. Auch Angebote von freien und privaten Trägern sollen weiterhin gefördert werden.

Jugend- und Schulsozialarbeit

Jugendliche mit Problemen benötigen Hilfe, damit sie im schlimmsten Fall nicht in Sucht und Kriminalität abgleiten. In **Jugendtreffs und Gemeinschaftszentren** freier Träger müssen gefährdeten Jugendlichen weiterhin vielfältige **Hilfen** angeboten werden, die den jungen Menschen Perspektiven eröffnen. Es muss Aufgabe der Kommune sein, Träger der freien Wohlfahrtspflege zu unterstützen. Dies gilt insbesondere bezüglich der Abklärung des Bedarfs an zusätzlichen Jugendtreffs in den bislang unversorgten Stadtteilen. Grundsätzlich ist **dezentralen, im sozialen Umfeld angesiedelten Angeboten Vorrang einzuräumen und ein erfolgsorientiertes, integratives Konzept zu entwickeln.**
Bei Konfliktsituationen zwischen Jugendlichen und Anwohnern wegen **informeller Jugendtreffs ist auch zu sogenannten „Unzeiten“ die aufsuchende Jugendsozialarbeit** verstärkt einzusetzen. Viele Probleme werden zuerst in den Schulen offenbar. Daher muss Sozialarbeit, die diese Probleme aufgreift, in den Schulen stattfinden und personell dem Bedarf entsprechend ausgestattet werden. An allen Schulen sind deshalb Ganztagsangebote in Zusammenarbeit mit Vereinen und freien Trägern auszubauen.

Kinder- und Jugendspielplätze

Die Spielplätze der Stadt Gießen sind nach wie vor ständig auf ihre **Sicherheit und Sauberkeit** zu überprüfen. Neben den vorhandenen, häufig eher für kleinere Kinder geeigneten Plätzen, müssen bei Renovierung und Neubau je nach demographischer Struktur des Sozialraums auch die Wünsche älterer Kinder und Jugendlicher beachtet werden. Bei diesen Maßnahmen ist der tatsächliche Bedarf im nachbarschaftlichen Umfeld zu berücksichtigen.

Verbandliche Jugendarbeit

Die Jugendarbeit in den Verbänden und Vereinen ist auch weiterhin zu fördern. Dies gilt gleichermaßen für den Stadtjugendring, die musiktreibenden Vereine wie auch für die Sportvereine. Daneben bedarf auch die Jugendarbeit der Feuerwehren und anderer am Gemeinwohl orientierter Gruppen besonderer Unterstützung. Sie leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Freizeitgestaltung, sondern fördern in erheblichem Maße das Verantwortungsbewusstsein gerade älterer Jugendlicher.

Jugendpflege und Ferienpass

Die Ferienpassaktion der Stadt soll in Zusammenarbeit mit Vereinen, Handel und Gewerbe weiter ausgebaut werden. Damit das Angebot weiterhin möglichst vielfältig und für Kinder und Jugendliche aus allen Schichten der Bevölkerung interessant ist, sollen durch **verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen**

gemeinsame Angebote entwickelt werden. Die jüngsten **Beitragserhöhungen wollen wir auf den niedrigeren Beitragsstand im Jahr 2012 zurückführen**.

Effektivere Arbeit im Kinder- und Jugendhilfebereich

Die Novellierung des SGB VIII (KJHG) mit dem Ziel des verbesserten Kinderschutzes führt unweigerlich zu einem zusätzlichen finanziellen Aufwand im Bereich der bereits jetzt den städtischen Haushalt stark belastenden Ausgaben der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist es angesichts der durch die Coronakrise verschärften Haushaltslage notwendig, die Effizienz der Abläufe und der eingesetzten Hilfen weiter zu verbessern.
Der Bericht des Landesrechnungshofes „Vergleichende Prüfung der Jugendämter in Hessen“ zeigt die Notwendigkeit einer **Organisationsberatung im Jugendamt** Gießen auf. Ziel dieser Beratung ist der möglichst effektive Einsatz von Mitteln und die Verschlankung von Abläufen, z.B. im Bereich der Tagesbetreuung oder der Betreuung junger Erwachsener, um auch bei hohen Fallzahlen die Erfüllung der Pflichtaufgaben sicherzustellen.
Die drei Säulen effektiver Jugendhilfe sind **Gesundheit, Arbeit und Kriminalprävention**. Deshalb streben wir eine **verbesserte Vernetzung** von Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Berufsförderung (GIAG) und Institutionen der Kriminalitätsprävention an. Im Bereich der Jugendhilfe der Stadt und des Landkreises Gießen sollen Synergieeffekte optimal genutzt werden.

Jugendwerkstatt e.V.

Wir begrüßen die Bemühungen der Jugendwerkstatt um eine berufliche Integration Jugendlicher. Im Rahmen der Beschäftigungsmaßnahmen sollen auch zukünftig **Jugendliche an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt** werden. Aber auch bei der Jugendwerkstatt ist darauf zu achten, dass durch ihre subventionierten Tätigkeiten **private Unternehmen nicht vom Markt verdrängt werden**.

Familienförderung

Die Kinderbetreuung in Gießen muss weiter **quantitativ und qualitativ hochwertig** ausgebaut werden. Die ämterübergreifende Arbeitsgruppe „Familienförderung“ soll ihre Arbeit weiter intensivieren.
Wir erwarten von dieser Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der IHK und den Hochschulen Vorschläge zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Studium sowie Familie und Beruf, aber auch ein besseres familienorientiertes Verfahren bei der Vergabe von Baugrundstücken und der Planung und Ausweisung von Baugebieten. Denn Familienförderung ist in hohem Maße auch Förderung, sich im eigenen Heim niederlassen zu können. Wir setzen uns daher für die **Wohnbauförderung von Familien für die erste selbstgenutzte Immobilie in Höhe der Grunderwerbssteuer** ein. Damit werden Hürden zum Erwerb des Eigenheims gesenkt. Dabei gilt für uns Freie Demokraten, dass überall dort, wo Menschen – unabhängig vom Geschlecht – nachhaltig Verantwortung füreinander übernehmen, Familie ist.

Menschen mit körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen

Beeinträchtigungen und Hilfsbedürftigkeit kann jedes Mitglied unserer Gesellschaft treffen und ist weder auf Kinder oder alte Menschen noch auf sonstige Gruppen beschränkt. Solche Menschen müssen sich die Welt anders aneignen, als dies Nichtbeeinträchtigte können. Dieser Tatsache wollen und müssen wir Rechnung tragen, um ihnen den **bestmöglichen Zugang zum gesellschaftlichen Leben** zu ermöglichen. Wir wollen **Berührungsängste abbauen** und Menschen mit körperlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen **stärker in die Gesellschaft integrieren**. Kindern und Jugendlichen muss möglichst früh die Chance gegeben werden, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Ein **ständiger Kontakt zu nichtbeeinträchtigten Kindern** ist dabei sicherzustellen und ihre **völlige Inklusion** in die Gesellschaft als höchstes Ziel anzustreben. Freie Träger und Vereine, die die Teilhabe der Beeinträchtigten am Gemeinschaftsleben ermöglichen, verdienen deshalb unsere besondere Unterstützung. Dabei darf die **Fähigkeit zur Selbstorganisation nicht unterschätzt werden**. Dies zu unterstützen, ist Aufgabe städtischer Politik. Die Stadt als Arbeitgeberin muss hierbei eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Wir wollen Organisationen unterstützen, die zu einer Eingliederung von Menschen mit Beeinträchtigungen in den regulären Arbeitsmarkt beitragen.
Die Mobilität von Menschen mit Beeinträchtigungen hängt davon ab, ob sie sich in ihrer Umgebung sicher bewegen können. Hierfür ist die Ausstattung mit **barrierefreien Bussen, Ampeln mit akustischen Signalen sowie abgesenkten Bordsteinen an Überwegen kontinuierlich auszubauen**.

Integration

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche und Politikfelder in unserem föderal organisierten Gemeinwesen betrifft. Die wichtigste Integrationsebene ist jedoch die Kommune. Hier leben, wohnen und arbeiten die Menschen. Hier sind Krippen, Kindertagesstätten, Schulen und Vereine, in denen gemeinsam gelernt und das menschliche Miteinander eingeübt wird. Die **Ausländerbehörde** muss ihre **gestiegenen Aufgaben schneller und effizienter erledigen können und dazu entsprechend ausgestattet und organisiert werden**.
In Gießen leben Menschen aus über hundert Nationen; viele von ihnen schon seit Jahrzehnten. Sie sollen unabhängig von Nationalität, Religion oder Weltanschauung sich hier wohl fühlen können. Dies erfordert sowohl **Toleranz** als auch die Fähigkeit, sich **vorurteilsfrei mit dem jeweils Fremden auseinanderzusetzen**.
Für uns bedeutet Toleranz einerseits Respekt deutscher Bürger gegenüber fremden Sitten, andererseits aber auch Akzeptanz deutscher Gewohnheiten durch Mitbürger mit Migrationshintergrund. Um in diesem Sinne ein verbessertes Zusammenleben der angestammten Gießener mit ihren zugewanderten Mitbürgern zu fördern, haben wir in der Vergangenheit beispielhaft für ganz Hessen die Stabsstelle eines/einer Integrationsbeauftragte/n geschaffen. Die Freien Demokraten wollen den/die **Integrationsbeauftragte/n und den Ausländerbeirat auch in der nächsten Legislaturperiode bei der wichtigen Aufgabe unterstützen**, zugewanderte und alteingesessene Bürger Gießens einander näherzubringen.
Dabei werden wir uns speziell um diejenigen kümmern, die auf Grund mangelnder Bildung und Qualifikation in Parallelgesellschaften leben. Unsere Aufgabe ist es deshalb, **vor Ort Unterstützungssysteme**, wie die interkulturelle Kindergartenfachberatung auszubauen, die zum frühen Erwerb von Sprachkompetenz, zur individuellen Förderung von Begabungen und nicht zuletzt zu

einer gemeinsamen Werteorientierung beitragen. Die Gießener Volkshochschule leistet hier bereits einen wichtigen Beitrag.

Umweltschutz, Klimaschutz und Energie

Umweltschutz ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben kommunaler Politik unserer Zeit. Für uns Freien Demokraten sind der Schutz der Umwelt und die attraktive Gestaltung der Stadt und ihrer Umgebung notwendig, damit das Leben in Gießen auch in Zukunft lebenswert bleibt.

Die von der Bundesregierung erst bis 2050 angestrebte Klimaneutralität geht uns zu langsam. Jedoch darf es bei einer schon bis zum Jahr 2035 angestrebten Klimaneutralität aus Sicht der Freien Demokraten nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen kommen. Um Klimaneutralität zu erreichen, ist eine Vielzahl von Maßnahmen **ohne ideologische Scheuklappen** notwendig. Insbesondere fordern wir den **Einstieg in die Wasserstofftechnologie im ÖPNV**, einen **Masterplan zur Energieeinsparung** und für eine ausgeglichene Energiebilanz die Beteiligung Gießens auch an **Maßnahmen außerhalb des Stadtgebietes**.

Schonung von Ressourcen

Für den Erhalt unserer Grundwasserreserven ist eine weitere **Absenkung des Frischwasserverbrauchs** notwendig. Um die Nutzung von Brauch- und Regenwasser zu fördern, muss in neuen Baugebieten von Anbeginn an die hierfür **erforderliche Infrastruktur** vorgesehen werden. Über Wassereinsparung durch bauliche Maßnahmen und deren Fördermöglichkeiten soll durch **intensive Beratung** besser informiert werden.
In städtischen Gebäuden müssen alle wirtschaftlich sinnvollen Möglichkeiten der **Energieeinsparung** und die **Nutzung alternativer Energien** umgesetzt werden. Wir Freien Demokraten fordern einen **Masterplan Energieeinsparung**, um den Energieverbrauch der Stadt weiter zu reduzieren.

Förderung von Privatinitiativen

Private Initiativen wie Natur- und Vogelschutzgruppen oder Schulgärtengruppen sowie andere Organisationen, die die Ausweisung, den Erhalt und die Pflege von Schutzgebieten und Biotopen zum Ziel haben, brauchen unsere Unterstützung. Dabei ist die **Hilfe für konkrete Projekte einer Förderung nach dem Gießkannenprinzip vorzuziehen**.

Pflege der Grünanlagen

Öffentliche Grünanlagen tragen zur städtischen Lebensqualität bei; sie müssen fachgerecht gepflegt werden. Dazu gehört auch eine **verbesserte Müllentsorgung** in den Parkanlagen, vor allem in der Grillsaison. Durch die Vergabe von **Pflegepatenschaften** etwa für Straßenbäume und die sie umgebenden Kleinanlagen können öffentliche Mittel eingespart und an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt werden. Notwendig ist die Einrichtung von ausgewiesenen Grillplätzen an der Lahn, im Stadtpark und am Schwanenteich. Wir fordern einen **Aktionsplan „Sauberes**

und sicheres Gießen“ mit Regeln für Parks und öffentliche Grünanlagen. Dabei sind grundsätzlich Stauden vor Wechselbeeten zu bevorzugen sowie Kräuter- und Blumenwiesen dort anzulegen, wo dies möglich und sinnvoll ist.

Naherholungsgebiete

In den Naherholungsgebieten müssen **Plätze für Sport und Spiel** gepflegt werden. Daneben sind andere Flächen **naturnah zu gestalten**. Beim Übergang vom Park zur freien Landschaft kann stufenweise dem Wildwuchs Raum gegeben werden, ohne spielende Kinder und Spaziergänger zu behindern. Die **Naturschutzgebiete** Hangelstein und Bergwerkswald sind in ihrem Bestand zu **erhalten** und zu **pflegen**.

Abfallwirtschaft

Unsere Gesellschaft leidet noch immer an einem immensen Müllaufkommen. Dieses einzudämmen, ist ebenso Aufgabe der Politik wie die Förderung neuer Verfahren zur Verwertung recyclefähiger Stoffe und die umweltverträgliche Entsorgung des Restmülls. Die **Gewinnung von Wertstoffen aus Abfall ist zu fördern**. Dies trägt dazu bei, wertvolle Rohstoffe einzusparen.

Abfallvermeidung

Abfallvermeidung ist noch immer die wirksamste Form der Abfallwirtschaft. Maßnahmen zum **Einsparen von Rohstoffen**, wie etwa die Verwendung von Mehrweggeschirr, müssen weiter **gefördert** werden. Bei Verpackungen ist die jeweils gesamtökologisch und wirtschaftlich günstigste Lösung anzustreben. Mehrwegverpackungen sind aber nur dann gegenüber recyclefähigen Einwegverpackungen zu bevorzugen, wenn eine vorher erstellte Ökobilanz sie als umweltverträglicher ausweist.

Müllgebühren

Wir Freien Demokraten sprechen uns für die **Beibehaltung der volumenbezogenen Müllgebühren** aus. An das Müllgewicht gekoppelte Gebühren sind wegen der für Müllfahrzeuge und Mülltonnen erforderlichen Investitionskosten zu teuer; außerdem erscheint die Gewichtserfassung selbst nicht besonders praktikabel.

Dachbegrünung

Die Begrünung von Dächern privater Gebäude sowie der Verzicht auf Schottergärten sind **durch Anreize zu fördern**. Außerdem sollen die **Dächer der Buswartehäuschen sukzessive begrünt** werden.

Tierschutz

Artikel 20a des Grundgesetzes verpflichtet die Gesetzgeber in Bund und Ländern und die Verwaltungen bis hin zur kommunalen Ebene bei ihrem Handeln dem Staatsziel Tierschutz zu entsprechen. Die politische Wahrnehmung ist vielfach, auch in Gießen, allerdings eine andere.

Unterstützung des Tierheims

Jeder Kommunalpolitiker kennt die leidigen Diskussionen über die Beträge, die die Kommunen an Tierheime zahlen zur Aufnahme der in ihrem Gebiet aufgefundenen Tiere. Nach wie vor werden Tiere wie Fundsachen behandelt und es gibt in Hessen keine gesetzliche Regelung zur Finanzierung der Unterbringung von hilfsbedürftigen Tieren. Immer wieder müssen ehrenamtlich tätige Tierschutzvereine die oft hohen Kosten für Behandlung und Unterbringung von Fundtieren vor Gericht einklagen. Noch schlechter sieht es für aufgefundene kranke, verletzte und hilfsbedürftige Wildtiere aus, da es im gesamten Regierungsbezirk Mittelhessen keine offizielle Wildtierauffangstation gibt. Der ehrenamtliche Tierschutz ist überlastet und überfordert.

In Hessen wird sowohl die Umsetzung als auch die Finanzierung des Tierschutzes alleine den Tierschutzvereinen überlassen, obwohl der Tierschutz eine kommunale Pflichtaufgabe ist. Die Politik wälzt damit eine staatliche Aufgabe auf das Ehrenamt ab – eine einmalige Situation und ein unhaltbarer Zustand. Dem wollen wir entgegenwirken. Daher setzen wir Freien Demokraten uns dafür ein, dass die **städtischen Zahlungen an das Gießener Tierheim ohne Verzögerung erfolgen**. Darüber hinaus ist der **Kontakt mit dem Tierheim zu intensivieren**, um eine **genaue Problemanalyse zu ermöglichen und diese in einem nächsten Schritt nachhaltig abzuarbeiten**.

Bekämpfung invasiver Arten

Mit der fortschreitenden Globalisierung der Märkte, der Zunahme des weltweiten Handels und Warenaustausches sowie des Fernreiseverkehrs und in Folge des Klimawandels treten vermehrt Pflanzen- und Tierarten in Gebieten auf, in denen sie zuvor nicht heimisch waren.
Ein Teil dieser gebietsfremden Arten erfordert vom Naturschutz eine besondere Aufmerksamkeit, da sie als invasive Arten heimische Arten in ihrem Bestand gefährden bzw. verdrängen können.

Neben zahlreichen anderen invasiven Arten muss unser Fokus sich auch auf die Verbreitung der „asiatischen Hornisse“ richten, die nach Feststellungen von Imkern als ein gewandter Insektenjäger vor allem Bienenstöcken Schaden zufügt. Ein weiteres Problem ist, dass durch interspezifische Konkurrenz die Bestäubungsleistungen von Insekten beeinträchtigt werden können

Wir setzen uns für eine intensive Zusammenarbeit und einen regelmäßigen Austausch mit den unteren Naturschutzbehörden, Tierschützern und Imkern ein. Wir fordern die Einrichtung einer „Tierschutz-Task-Force“, die auch als Meldestelle für Bürgerinnen und Bürgern dienen soll.

Bauen & Wohnen

Sozialer Wohnungsbau

Wir Freien Demokraten haben in der ablaufenden Wahlperiode die Maßnahmen des Magistrats im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus mitgetragen, um die nicht zuletzt durch den Zuzug von einigen Tausend Flüchtlingen nach Gießen verschärfte Wohnungsknappheit abzumildern. Auf lange Sicht muss die Stadt Gießen aber bei der Schaffung von Wohnraum auch andere Maßnahmen ergreifen, da sozialer Wohnungsbau nicht alle Probleme lösen kann und vor allen Dingen keine originäre Aufgabe der Kommune ist.

Bereitstellen von Wohnraum

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. In den letzten Jahren wurde kaum ein Lebensbereich so stark reguliert wie der Wohnungsbau. Damit Gießen weiterhin ein attraktiver Wohnort bleibt, muss die Stadt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen ihre Vorstellungen vom Wohnen verwirklichen können. Deshalb treten wir Freien Demokraten Gießen für den **Bau von erschwinglichem Wohnraum** ein. Dabei hat die **Bereitstellung von Grundstücken für den Wohnungsbau Vorrang**. Nachdem die Baugebiete Schlangenzahl, Marburger Straße West und Sandfeld zügig gefüllt wurden, ist die **Ausweisung weiterer Baugebiete** nötig, um dem Wohnungsbedarf der wachsenden Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Dabei ist darauf zu achten, dass neue Wohngebiete komplett, d.h. mit Kindertagesstätten, Spielplätzen und Sportanlagen geplant werden. Beim Bau der erforderlichen Infrastruktureinrichtungen muss das Land die Stadt Gießen über einen verbesserten kommunalen Finanzausgleich fördern.

Die Gießener Freien Demokraten haben den Magistrat bereits dazu aufgefordert, neue Baugebiete auszuweisen. Aus unserer Sicht soll dabei selbstverständlich der **Bedarf an freistehenden Einfamilienhäusern** insbesondere für junge Familien berücksichtigt werden. Wir werden auch künftig darauf achten, dass eine angemessene **Mischung in den Wohngebieten** erfolgt, um Wohnen, Arbeiten und Einkaufen wieder einander näher zu bringen. Die Bildung von Eigentum junger Familien wollen wir dabei durch geeignete Instrumente wie die **Erstattung der Grunderwerbssteuer** beim ersten selbstgenutzten Wohneigentum fördern.

Mietpreisbremse

Wir Freien Demokraten in Gießen sprechen uns offen **gegen die Mietpreisbremse** aus, zumal für Gießen ein **qualifizierter Mietspiegel fehlt**. Zwar ist die Verbesserung der Wohnungssituation, insbesondere auch für Studierende, für uns ein wichtiges Thema. Jedoch setzt eine Mietpreisbremse das falsche Zeichen. Durch diese Verordnung käme Gießen für Unternehmen nicht mehr als Ort zum Investieren in Frage - ein Wohngebäude in Gießen zu bauen lohnt sich dann schlichtweg nicht mehr. Ebenso sind zahlreiche Wohnungen in Gießen sanierungsbedürftig. Ohne eine Erhöhung der Miete lohnt sich die Grundsanierung eines Wohnhauses nicht, Gießens Mieter würden weiter in sanierungsbedürftigen Häusern wohnen müssen. Eine Symbolpolitik in Form der Mietpreisbremse hat also nicht nur keinen Nutzen, sondern

schadet vielmehr denjenigen, die davon eigentlich profitieren sollten. Um langfristig die Situation in unserer Stadt nicht zu verschlechtern, möchten wir die Verordnung der Mietpreisbremse aussetzen.

Deregulierung von Bebauungsplänen und Bauanträgen

Die Freien Demokraten treten dafür ein, in Bebauungspläne **nur absolut erforderliche Reglementierungen** aufzunehmen. Weniger detaillierte Vorgaben bedeuten schnelleres Bauen, größere Freiheit für Bauwillige und vielfältigere, optisch ansprechendere Baugebiete. Wir werden auch weiterhin für Deregulierung und für **einfache, lesbare Bebauungspläne** eintreten, die dem Bauherrn die größtmögliche Individualität bei der Gestaltung seines Grundstücks bietet.

Durch Nutzung einer **digitalen Bauakte** soll das **Bauantragsverfahren beschleunigt** werden. Bei unverschuldetem Nichteinreichen von Unterlagen des Bauantrags darf es in Zukunft nicht zu einem Neustart der dreimonatigen Bearbeitungsfrist kommen.

Die Stadt soll sich über die kommunalen Spitzenverbände bei der Hessischen Landesregierung mit Nachdruck für eine **Vereinfachung des Baurechts** einsetzen. Erreicht werden soll einerseits schnelleres Bauen durch die Erleichterung von Typengenehmigungen und seriellem Bauen und andererseits eine ergebnisoffene Überprüfung von kostenintensiven Baustandards im Bereich Energieeinsparung, Brandschutz und Barrierefreiheit.

Wohnen und Arbeiten

Gießen braucht eine strategische Flächenentwicklung für Wohnen und Gewerbe.

Eine strenge Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten führt nicht nur zu einer erhöhten Verkehrsbelastung, sondern erschwert auch die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen. Daher sollen auch **Mischgebiete** geplant und ausgewiesen werden, um **Wohnen und Arbeiten zusammenzubringen**.

Aus unserer Sicht bietet sich dazu das Braumaxx-Gelände rund um den leerstehenden Turm des Gießener Brauhauses am nördlichen Entree Gießens an.

Kommunales Bauen

Die Investitionen in **Schulbaumaßnahmen** müssen dringend auf hohem Niveau weiter vorangetrieben werden.

Die Stadt soll sich über die kommunalen Spitzenverbände beim Land Hessen für ein **unbürokratischeres Vergaberecht** einsetzen.

In Zeiten der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise ist besonders darauf zu achten, dass die Rechnungen des Baugewerbes unter Beachtung der notwendigen Rechnungsprüfung innerhalb von 14 Tagen bezahlt werden.

Corona-Krise: Sonderwohngeld statt Mietendeckel

Den von der linken Seite des politischen Spektrums geforderten Mietendeckel für die Zeit der Corona-Pandemie halten wir Freien Demokraten aus den gleichen Gründen für verfehlt wie die bereits bestehende und nur nachteilig wirkende Mietpreisbremse.

Stattdessen sollte sich die Stadt über die kommunalen Spitzenverbände beim Land Hessen für die Zahlung eines **Sonderwohngeldes** bei Fortdauer der Corona-Pandemie einsetzen. Damit kann es gelingen, von der Krise besonders stark betroffene Mieter zu entlasten, ohne einen Keil zwischen Mietern und ebenfalls unter der Krise leidenden Vermietern zu treiben.

Wohnen für Senioren

Altengerechtes Wohnen ist für ältere Bürger ein unverzichtbares Thema, denn mit zunehmendem Alter ist oftmals auch bei noch aktiven Senioren die Mobilität eingeschränkt. Sie wollen in vertrauter Umgebung wohnen, selbständig leben und solange wie möglich unabhängig bleiben.
Die Stadt soll mit allen Trägern des sozialen Wohnungsbaus und soweit möglich mit privaten Bauherren **Zielvereinbarungen** treffen, um **barrierefreies Wohnen** zu fördern. Projekte, bei denen Studierende kostenfrei bei Seniorinnen und Senioren wohnen können und diese im Gegenzug bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützen, sind zu fördern.

Kontakt

Ein für Sie wichtiges Thema findet sich nicht in unserem Programm? Das heißt nicht, dass wir hierzu keine Position haben. Schreiben Sie uns und stellen Sie Ihre Fragen.

Wir freuen uns auf Sie!

FDP Stadtverband Gießen
Postfach 11 12 01
35357 Gießen

www.fdp-giessen-stadt.de

stadtverband@fdp-giessen.de

Folgen Sie uns auch in den sozialen Netzwerken:

fb.com/fdpingiessen

@fdp_giessen